



**Werner Pade (Hg.)**

**Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr. 11**

**Lateinamerika  
von links betrachtet**



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

Werner Pade (Hg.)

Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr. 11

**Lateinamerika von links betrachtet**



**Werner Pade (Hg.)**

Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr. 11

**Lateinamerika von links betrachtet**

XI. Rostocker Lateinamerika-Kolloquium  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern.  
Politischer Donnerstag von Soziale Bildung e.V.

im Peter-Weiss-Haus Rostock, 6. 2. 2014



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

Druck: printmanufaktur Gewerbestraße 21 23942 Dassow  
info@printmanufaktur.de [www.printmanufaktur.de](http://www.printmanufaktur.de)

ISBN 978-3-00-047465-1

Inhalt	Seite
Zur Einführung	7
<i>Angela Isphording</i>	
Zur Arbeit des Lateinamerika-Referats der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Inhaltliche Schwerpunkte und Projekte	9
<i>Florian Warweg</i>	
Die Linke in Deutschland und Lateinamerika: Solidarität durch Analysen, Information und Kontakte	18
<i>Sabina Morales Rosas</i>	
Die Linke in Mexiko: Perspektiven nach der Rückkehr der PRI	28
<i>Movimiento Segunda Independencia</i>	
El Frente Popular Darío Santillán - Corriente Nacional construye una nueva herramienta política y social en Argentina ( <i>Yanina Venier</i> )	45
Deutsche Textfassung	64
Dieter Boris Bolívars Erben. Linkregierungen in Lateinamerika. Köln: PapyRossaVerlag 2014, 204 S. (Rezension von <i>Werner Pade</i> )	82

## *Zur Einführung*

Wir haben diesen etwas provokatorischen Titel „Lateinamerika von links betrachtet“ mit Absicht gewählt. Als wir vor gut einem Jahr hier zum Thema Lateinamerika zusammensaßen, hat Xiomara Tortoza aus Venezuela gesagt: wenn ihr mit uns Solidarität üben wollt, dann tut ihr das am besten mit einer wirklichkeitsnahen wahrheitsgetreuen Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika. Das hat uns auch schon davor beschäftigt, die Ergebnisse liegen mit den beiden letzten Heften der „Rostocker Lateinamerika-Manuskripte“ vor (Nr. 9 Alternative Berichterstattung über Lateinamerika; Nr. 10 Lateinamerika im Human Development Report 2012/2013. Venezuela im Herbst 2012).

Wir möchten zeigen, dass es notwendig ist, eine linke Sicht auf die Entwicklung in Lateinamerika zu entwickeln und zu formulieren, Analysen vorzubereiten, die sich schon vom mainstream der überregionalen deutschen Medien unterscheiden und die es uns ermöglichen, die Verhältnisse in Lateinamerika konkret und differenziert zu erfassen und auf dieser Grundlage eine engere Zusammenarbeit zwischen progressiven Bewegungen und linken Regierungen in Lateinamerika und linken Organisationen und Parteien in Deutschland und Europa zu fördern. Das auch mit dem Ziel, lateinamerikanische Erfahrungen im Bemühen um eine Transformation der dortigen Gesellschaften kritisch zu unterstützen und auf ihren Wert für die Entwicklung in Europa zu überprüfen.

Die Veranstaltung am 6. Februar 2014 diente der Information über die Aktivitäten der beiden Arbeitskreise Lateinamerika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und beim Vorstand der Partei Die LINKE,

und sie konnte durch eine Analyse über die Entwicklung linker Organisationen und Bewegungen in Mexiko seit Bildung der Regierung von Peña Nieto ergänzt werden. Bereits im November 2013 hatte Yanina Venier von der Volksfront Darío Santillán aus Argentinien in Rostock über die Ziele und Aktivitäten ihrer Organisation berichtet, der hier aufgenommene Beitrag enthält darüber hinaus Ergänzungen über aktuelle Entwicklungen in der Arbeit dieser basisdemokratisch organisierten Bewegung. Dieter Boris hat mit „Bolívars Erben. Linksregierungen in Lateinamerika“ Anfang 2014 eine umfassende Analyse progressiver Veränderungen der letzten Jahre in mehreren Ländern Lateinamerikas vorgelegt, die uns eine ausführliche Besprechung wert war.

Rostock, im Herbst 2014

Werner Pade



**Zur Arbeit des Lateinamerika-Referats der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung. Inhaltliche Schwerpunkte und Projekte**

Ich wurde gebeten, etwas zur Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lateinamerika zu sagen. Sabina Morales gibt in ihrem Beitrag Anregungen zu der Frage „Was ist eigentlich links?“. Das werden wir uns auch immer wieder fragen müssen, wenn wir auf Lateinamerika schauen beziehungsweise uns darüber austauschen. Es gibt Leute, die agieren unserer Meinung nach „links“, die würden das aber ganz weit von sich weisen. Für die heißt „links“ in einem Klassensystem, in einem marxistischen System und damit wollen sie nichts zu tun haben. Insofern bleibt das immer eine große Frage.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet in drei Regionen Lateinamerikas. Das erste Büro befand sich in São Paulo in Brasilien. Von da aus wird die Arbeit in Paraguay, Uruguay, Argentinien und Chile organisiert. Das ist ein Riesengebiet. Eine flächendeckende Arbeit ist eigentlich gar nicht richtig möglich, zumal es ja auch zwei Sprachen sind, und strukturell sind wir gerade dabei zu sehen, ob wir noch eine kleine Zweigstelle in Buenos Aires einrichten, um die Arbeit ein bisschen aufzuteilen. Das Büro São Paulo ist 2003 eröffnet worden. Es ist ja bekannt, die Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es noch nicht so wahnsinnig lange und die Auslandsarbeit erst recht nicht. Sie hat erst um 2000 angefangen. Das heißt, wir sind relativ schnell gewachsen, sind immer wieder einmal gestolpert und befinden uns immer noch auf der Suche.

Das zweite Büro habe ich 2007 in Mexiko eröffnet, und es arbeitet in der Region Meso-Amerika, also Zentralamerika plus

Mexiko und der Karibik. Und die dritte Region, das Andenbüro, wurde 2009 eröffnet und ist wahrscheinlich politisch das brisanteste Büro, was natürlich viele Diskussionen in sich birgt: wie positionieren wir uns als Linke oder wie positionieren sich die Linken untereinander zu den linken Regierungen, zu den progressiven Regierungen. Das betrifft Ecuador, Bolivien und Venezuela. Kolumbien dagegen ist ein Land, das man in Lateinamerika mit Mexiko gleichsetzen könnte, also da ist weiter leider wenig Progressives zu sehen.

Wir arbeiten an zwei großen Themenlinien. Die eine nennt sich „Förderung demokratischer Prozesse“, da geht es um die Möglichkeit zur Teilhabe und Teilnahme. Und das andere große Thema ist die sozial-ökologische Transformation oder Alternative zum herrschenden Entwicklungsmodell, wo wir uns sehr viel mit dem Thema Extraktivismus und Neoextraktivismus auseinandersetzen.

Im Gegensatz zu den anderen großen politischen Stiftungen arbeiten wir nach wie vor mit Projektpartnern zusammen. Nicht ausschließlich, aber wir halten es für wichtig, soziale Organisationen auch strukturell zu unterstützen und zu stärken, weil wir glauben, dass ohne diese sozialen Organisationen Transformationen nicht vollzogen werden können. Wir realisieren aber, wie die anderen Stiftungen auch, Veranstaltungen, eigene Veröffentlichungen, Seminare und andere Aktivitäten.

Ich möchte im Folgenden einfach ein paar Beispiele unserer Arbeit nennen. Das erste Beispiel in dem Themenbereich sozial-ökologische Transformation ist die Kampagne gegen das große Stahlwerk von Thyssen-Krupp, die wir in Brasilien unterstützt haben

und auch nach wie vor unterstützen. Das wird ja hier mittlerweile auch viel in den Medien erwähnt, als Milliardengrab und als einer der Gründe, weswegen es diesem Riesenkonzern schlecht geht. Sie haben 2006 angefangen zu bauen, in einer Bucht im Staat Rio de Janeiro, wo die Menschen hauptsächlich vom Fischfang leben. Sie haben bis heute keine Betriebsgenehmigung bekommen, weil es immer noch sehr viele Klagen gegen sie gibt, haben aber 2010 den Betrieb aufgenommen. Seitdem hat es mehrere Fehlbetriebe gegeben, Rauchwolken sind ausgestoßen worden, Leute haben Asthma und Hautkrankheiten bekommen und Fische starben. Wir und unsere Partnerorganisation PACS haben vor Ort sowohl Weiterbildungen mit der Bevölkerung sowie Lobbyarbeit, politische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Radioprogramme gemacht, und auch in globalisierter Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion der Linken, mit der Partei und Organisationen, die in Deutschland zum Thema Brasilien arbeiten, richtig Druck gemacht. Also auch Druck auf die Aktionärsversammlung. Die Fischer waren hier, haben eine Rundreise durch Deutschland gemacht. Wahrscheinlich wird das Werk geschlossen, weil es Pleite geht, aber wir hoffen, dass unsere Aktivitäten zumindest dazu beigetragen haben, das so etwas so schnell nicht noch einmal gebaut wird. Wir haben auch verschiedene Veröffentlichungen zu dem Fall vorbereitet.

Ein anderes Beispiel aus der Region Brasilien ist der Themenbereich „Recht auf Stadt“. Brasilien galt international lange als Vorreiter bei dem Thema, und 2001 wurde das Recht sogar in einem Bundesgesetz niedergeschrieben. Ein auch hier bekanntes Beispiel ist der Bürgerhaushalt von *Curitiba*. Aber jetzt, vor allem im Vorfeld der großen Sportereignisse, der Weltmeisterschaft dieses

Jahr und der Olympiade 2016 in Rio de Janeiro, ist dieses Gesetz praktisch auf Eis gelegt worden und wird im Moment nicht angewandt. Also wird die Bevölkerung rund um die Stadien oder dort wo an der Infrastruktur gebaut wurde, weiter gebaut wird oder noch gebaut werden soll, vertrieben. Staatlicher Raum wird privatisiert, es werden öffentliche Gelder wirklich zum Fenster hinaus geworfen. Das ist absolut entwürdigend, und deshalb haben wir gesagt, wir sind dabei und wir unterstützen die Proteste. Es hat sich in Brasilien auf Landesebene ein Netzwerk gebildet - ANCOP (Articulação Nacional de Comitês Populares da Copa, Nationaler Zusammenschluss der Volkskomitees der Weltmeisterschaft). Da gibt es in jedem Austragungsort der Weltmeisterschaft kleine lokale Komitees, die Widerstand organisieren, und letztendlich haben ja die großen Proteste im Juni diesen Jahres damit zu tun. Das kann man ein bisschen mit der Studentenbewegung in Mexiko vergleichen, die Sabina Morales erwähnt: da sind im Juli in Brasilien also Millionen von Jugendlichen auf die Straßen geströmt, die haben sich nicht alle als links bezeichnet und werden wahrscheinlich auch nicht alle eine linke Regierung wählen. Nichts desto trotz sind die einfach stinksauer, dass, obwohl Brasilien ja eine linksgerichtete Regierung hat, solche Dinge nach wie vor passieren. Wir haben zusammen mit den Lateinamerika Nachrichten „Im Schatten der Spiele“ veröffentlicht (Im Schatten der Spiele. Fussball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien. LN-Dossier Nr. 9, September-Oktober 2013. Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung), davon sind, für alle, die sich dafür interessieren, noch genug Exemplare in der Stiftung vorhanden.

Das Büro in Quito ist das neueste Büro und arbeitet auch in

den beiden Themenfeldern. Davon möchte ich das Projekt der so genannten „Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo“ (Ständige Arbeitsgruppe über Entwicklungsalternativen) vorstellen. Das ist eine Arbeitsgruppe von 30 Menschen, die 2011 gegründet worden ist, und zwar sind das kritische WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und Leute, die in Regierungsinstitutionen arbeiten und sogar in Ministerien sitzen. Sie setzen sich vor allen Dingen mit dem Thema Extraktivismus und Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell auseinander. Extraktivismus ist das Wirtschaftsmodell, das eben auf der Extraktion von Ressourcen basiert. Also auf Erdöl, auf Kohle, auf Gas, aber auch auf Monokulturen im Agrobusiness. Wo immer in transnationaler oder in privatwirtschaftlicher Hand der großen Unternehmen Ressourcen herausgeholt werden und meistens auch aus den Ländern ausgeführt werden. Die linken Regierungen der Andenregion haben es geschafft zu verhandeln, und sie haben es auch geschafft, dass mehr Geld im Land bleibt. Sie haben es aber im Grunde noch nicht erreicht, das Modell wirklich zu ändern und sind nach wie vor und wahrscheinlich noch lange Zeit stärker von den Rohstoffen abhängig. Ein gutes Beispiel ist natürlich Venezuela, das mit seinem Erdöl viele linke Regierungen, linke Staaten in Lateinamerika und anderswo finanziert. Das ist wunderbar und total wichtig. Kuba könnte ohne das venezolanische Erdöl kaum existieren. Nichts desto trotz ist auch Venezuela ein Land, das es noch nicht geschafft hat, das traditionelle Modell zu überwinden, aber es hat andere Möglichkeiten als viele andere Länder.

Diese „Grupo Permanente“ publiziert auch relativ viel. Sie hat 2011 das erste Buch herausgebracht „Más allá del desarrollo“, also

„Jenseits von Entwicklung“ (englischsprachige Ausgabe durch das Transnational Institute Amsterdam). Sie sagen, es geht darum, das bestehende Entwicklungsmodell an sich in Frage zu stellen, und sie arbeiten viel zum Thema Alternativen. Das zweite Buch setzt sich mit dem Thema Kapitalismus und Kolonialismus im 21. Jahrhundert auseinander (Alternativas al capitalismo/colonialismo del siglo XXI. Comp.: Miriam Lang, Claudia López, Alejandra Santillana. Ediciones Abya Yala, Quito 2013). Das ist ein Thema, über das man jetzt sehr viel diskutieren könnte, auch bei uns innerhalb der Stiftung, innerhalb verschiedener linker Gruppierungen und innerhalb der Partei gibt es viele Diskussionen, weil die Entwicklung im Grunde genommen ein Paradoxon darstellt: zu sagen, die linken Regierungen brauchen das (diese extensive Ausbeutung der Ressourcen und die Einnahmen daraus) jetzt, weil sie sich erst einmal entwickeln müssen; und auf der anderen Seite Strömungen, die sagen: sie müssen aber auch gleichzeitig Alternativen entwickeln. Das andere kann ja nicht ewig so weiter gehen. Stattdessen will Bolivien jetzt ein Atomkraftwerk bauen. Also irgendwas stimmt doch da nicht.

Und das ist auch innerhalb der Linken so ein Thema: Realpolitik oder Utopie. Und die Diskussion über Extraktivismus ist vor allem in der Andenregion und Südamerika ein Riesenthema, und ich denke, in Mexiko und Zentralamerika wird es – hoffentlich - auch immer mehr zu einem Thema werden. - Das Büro in Quito arbeitet darüber hinaus viel zum Thema Kolonialismus und Antirassismus.

Die dritte Region: Mexiko, Zentralamerika und Kuba. Das Büro ist in Mexiko-Stadt. Zwei Beispiele der Arbeit in Mexiko. Es ist das einzige Büro, das zum Thema Migration arbeitet. Das ist kein Zufall,

weil Mexiko das Land der Welt mit dem zweithöchsten Export von Menschen ist. 12 Millionen Mexikaner leben in den USA und Massen, Zehntausende, wandern jährlich durch Mexiko, und wenn sie es schaffen, in die USA. Es gibt zunehmend Menschenrechtsverletzungen - Verschwundene, Entführte, Migranten in Mexiko. Da haben wir mit dem Büro in Mexiko überlegt, wir wollen vor allem die Organisierung von MigrantInnen fördern. Das ist aber verdammt schwierig, weil es Menschen sind, die zum einen in sehr prekären Lebenssituationen leben, sich oft in der Illegalität befinden und, wie man auch hier in Deutschland sieht, weiter wandern. Sie sind auch selten an einem festen Ort, wo man eine Organisation gründen könnte.

Das zweite Thema, das die Stiftung unterstützt, ist das der Menschenrechte. In dem Ständigen Völkertribunal, das im Beitrag von Sabina Morales eine Rolle spielt, ist eines der sieben Themen der Migration gewidmet. Es geht darum, Fälle von Menschenrechtsverletzungen an Migranten aufzudecken und zu verurteilen. Und das andere Thema in Mexiko, das auch zum Komplex Teilhabe und Teilnahme gehört, ist das Thema „Open Source“. Das Büro Mexiko ist leider das einzige der Stiftung, das mit Open Source arbeitet, weil wir davon überzeugt sind, dass es um unbeschränkten Zugang zu Informationen, zu gemeinschaftlichen Gütern statt Privateigentum, um Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstermächtigung geht. Und dabei arbeitet das Büro viel mit Initiativen zusammen, die dann wiederum soziale Organisationen darin schulen, ihre Webpage selbst zu erstellen oder Radioprogramme selbst zu produzieren.

Als letztes noch zur Arbeit in Deutschland. Neue

Vereinsvorsitzende der Stiftung ist Dagmar Enkelmann. Die Stiftung hat den Arbeitskreis Lateinamerika, der genauso heißt wie der in der Partei Die LINKE. Der Arbeitskreis trifft sich zweimal im Jahr, ist bundesweit tätig und besteht aus Vertretern der Landesstiftungen - Werner Pade ist Mitglied -, aus sozialen Organisationen - Sabina Morales ist Mitglied -, aus StipendiatInnen der Stiftung, aus Vertretern der Partei und ihrer Bundestagsfraktion. Wir versuchen, kritische WissenschaftlerInnen zu gewinnen und eine ganz gute Mischung hinzubekommen, um einfach die Vernetzung und den Austausch zu fördern. Wir widmen uns jedes Mal einem anderen Thema. Das letzte Mal war es Brasilien, und das nächste Mal wird es möglicherweise Bolivien sein.

Eine andere Sache, die wir von Berlin aus machen, - damit das nicht so pompös wirkt: wir sind zwar fünf Leute im Referat, haben aber eigentlich nur drei Stellen. Die Stiftung gibt die „Standpunkte“ heraus, das sind Analysen zu aktuellen politischen und theoretischen Themen, und wir sehen zu, dass drei bis vier Analysen im Jahr zu Lateinamerika darunter sind (Zuletzt unter anderem Antonio Martins Brasilianischer Frühling oder Putsch von rechts? - Standpunkte international 10/2013; Boaventura De Sousa Santos Die Bürgerrevolution in Ecuador am Scheideweg – Ebenda, 14/2014; Alejandro Mantilla Q. Fünfzig Jahre Einsamkeit /Wahlen in Kolumbien/ - Ebenda, 9/2014; weitere Angaben zur Lateinamerika-Arbeit der Stiftung unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de), darunter Online-Interviews und Artikel). Ab und zu machen wir auch Veranstaltungen, sehr viel weniger als wir gerne hätten, um zu versuchen, damit in der Öffentlichkeit wirksam zu werden. Wir arbeiten mit alternativen Medien zusammen, viel mit den



Lateinamerika-Nachrichten und dem Nachrichten-Pool Lateinamerika.

Wir glauben, dass unsere Arbeit einfach von zwei Seiten gemacht werden muss: das kann keine Arbeit sein, die nur in Lateinamerika oder nur hier vor sich hin dümpelt. Und als politische Stiftung, das hat natürlich noch einmal einen besonderen Flair, haben wir sozusagen direkten Kontakt zu der uns nahe stehenden Partei und vor allem zur Bundestagsfraktion. Da kann man, auch wenn die Linke noch nicht an der Regierung ist, durchaus durch Anfragen Themen im Bundestag einbringen und platzieren - der Waffenexport nach Mexiko ist ein gutes Beispiel. Wenn man hier in Deutschland aktiv ist und ein bisschen Wind macht, kann man wiederum nach Lateinamerika zurückwirken. Und dafür bestehen genügend politische Herausforderungen.

*Florian Warweg*

## **Die Linke in Deutschland und Lateinamerika:**

### **Solidarität durch Analysen, Information und Kontakte**

Als Redakteur bei „Amerika 21“, einem Medienprojekt, das sich eine alternative Berichterstattung zu Lateinamerika zum Ziel gesetzt hat, kann ich sagen, dass wir ziemlich klein angefangen haben und mittlerweile aber zu einer Referenz geworden sind, was linke Berichterstattung über Lateinamerika angeht. Zudem bin ich Koordinator des Arbeitskreises Lateinamerika beim Parteivorstand Die LINKE.

Wenn wir heute - ich setze mir einmal die parteipolitische Brille auf - als Linke die Welt betrachten, dann würde ich sagen, gibt es eine einzige Weltregion, wo die Linke in der Lage war, in den letzten 15 Jahren gesellschaftliche Mehrheiten zu erkämpfen, in die bürgerliche Hegemonie zumindest einmal einzudringen und, die fast noch größere Herausforderung, diese Mehrheiten auch zu halten.

Die Lage der Linken in Lateinamerika, insbesondere in Südamerika, ist bemerkenswert. Denn wenn man sich die Entwicklung in Südamerika in den letzten 15 Jahren anschaut, gab es außer Kolumbien kein einziges Land, indem nicht - jetzt in einem ganz pluralen Verständnis - eine linke Regierung an die Macht gekommen ist. Im Falle von Paraguay ist das nicht mehr der Fall, aber das war einem institutionellen Staatsstreich geschuldet.

Und natürlich sind das sind teilweise sehr fragile, sehr widersprüchliche Situationen. Das ändert aber nichts daran, dass es die einzige Region in der Welt ist, in der die Linke durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen ist, und das auch

mit der entsprechenden breiten Unterstützung, die teilweise seit 15 Jahren anhält. Ich sage das auch deswegen, weil ganz oft natürlich in diesem Verständnis von Solidarität die Blickrichtung Europa versus Lateinamerika vorhanden ist. Aber als Linker und Mitglied einer linken Partei würde ich sagen, dass wir mittlerweile mehr Solidarität aus Lateinamerika brauchen, als wir Lateinamerika geben können. Und de facto gibt es bereits diese Art der Solidarität von Seiten Lateinamerikas nach Europa und in die USA.

Wenn man sich die Entwicklung in Lateinamerika in den letzten 10 Jahren, gerade zu Zeiten der sich vertiefenden europäischen Krise betrachtet, werden die Erfolge Lateinamerikas deutlich.

Erst vorgestern erschien eine Studie des Entwicklungsprogramms der UNDP (deutsche Ausgabe: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) /Hrsg./, Bericht über die menschliche Entwicklung 2014. Den menschlichen Fortschritt dauerhaft sichern: Anfälligkeit verringern, Widerstandskraft stärken, 2014.), die aussagt, dass Lateinamerika die einzige Weltregion ist, in der die soziale Ungleichheit verringert wurde und der Mindestlohn in den letzten zehn Jahren um 20% angestiegen ist. Wenn man das einmal mit der Situation in Deutschland oder in Europa vergleicht, erkennt man zumindest die Tendenz, so widersprüchlich diese Entwicklungen in Lateinamerika auch sein mögen. In Lateinamerika ist zumindest eine linke Analyse vorhanden sowie der Versuch, nein zu sagen und aufzuzeigen, dass es sehr wohl möglich ist, gesellschaftliche Mehrheiten zu erkämpfen und nein zu sagen zum beherrschenden neoliberalen Dogma.

Neben nationalstaatlichen Errungenschaften gilt es für uns als

Linke, auch das breite Verständnis von gesellschaftlicher Transformation aufzunehmen. In diesem Zusammenhang finde ich es faszinierend, wie die Linke in Lateinamerika in der Lage war, einen integrativen Prozess voranzutreiben. Zum einen gibt es Projekte wie ALBA (Alianza Popular para los Pueblos de Nuestra América, Volksallianz für die Völker Unseres Amerika), Unasur (Unión de Naciones Suramericanas, Union der Südamerikanischen Nationen) oder Celac (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten), in denen man sich auf lateinamerikanischer Ebene in einem bewussten Akt gegen die USA und gegen eine Politik von Freihandelsabkommen zusammengeschlossen hat.

Daneben gibt es aber zum Beispiel auch das Forum von São Paulo. Dieses wurde von der brasilianischen Arbeiterpartei 1990 gegründet, als die Linke in Lateinamerika genauso am Boden lag wie hier in Europa, mit dem Unterschied, dass mittlerweile von den damaligen Mitbegründern 15 Parteien an Linksregierungen beteiligt sind. Das Forum von São Paulo hat als Parole „Einheit in der Vielfalt“. Mittels des Forums wurde eine Form der politischen Koordination geschaffen, von der können wir in Europa nur träumen. Dort finden sich trotzkistische, sozialistische und sozialdemokratische Parteien und Guerillabewegungen zusammen, und trotz der politischen Pluralität funktioniert diese Koordinierungsebene. Und wenn ich gerade von einer Solidarität Lateinamerikas nach Europa gesprochen habe, ist das Forum von São Paulo vielleicht sogar ein ganz gutes Beispiel. Vor zwei Jahren hat das Forum in Madrid ein Verbindungsbüro gegründet zur Unterstützung von lateinamerikanischen Migranten, aber auch der europäischen

Linken. Das gleiche haben sie auch in Chicago gemacht. Das ist vielleicht sogar noch das spannendere Projekt. Die Vertreter des Forums von São Paulo sind zu dem Schluss gekommen, dass wenn es überhaupt möglich ist, eine genuine linke Partei in den USA zu etablieren, dann wären die dort lebenden Lateinamerikaner die Basis dafür.

Angela Isphording hat es ja schon erwähnt, allein zwölf Millionen davon sind Mexikaner. Das sind nicht per se Linke, aber ich finde, es ist zumindest ein interessanter Ansatz zu sagen, wenn es eine Linke gibt, dann finden wir die Basis vielleicht tatsächlich bei den Arbeitsmigranten, die aus Lateinamerika in die USA kommen und die mittlerweile in vielen Bundestaaten einen relevanten Teil der US-amerikanischen Bevölkerung stellen.

Ein weiterer Aspekt, bei dem uns die Lateinamerikaner bei weitem überlegen sind, ist der Bereich der politischen Bildung. Mittlerweile berät die lateinamerikanische Linke tatsächlich die europäischen Linksparteien in Sachen politischer Bildung.

Den Vorsprung der Lateinamerikaner in diesem Bereich merkt man einfach an den Leuten, die in der lateinamerikanischen Linken an die Macht kommen, das sieht man an Präsidenten, das sieht man an den politischen Kadern. Sie verfügen über eine Eloquenz und eine theoretische Verortung, die man in der Linken Europas in dieser Ausprägung lange suchen muss.

Soweit der kurze Einstieg, und jetzt zur Vorstellung des Arbeitskreises Lateinamerika der Linkspartei. Der Arbeitskreis setzt sich aus Fachreferenten mit Lateinamerikabezug aus der Bundestagsfraktion, Vertretern der Lateinamerika-Abteilung des Karl-Liebknecht-Hauses, also gewissermaßen dem Hauptquartier der

Linken in Berlin, dann ehemaligen Diplomaten, Professoren mit Lateinamerika-Schwerpunkt und auch allgemein an Lateinamerika interessierten Mitgliedern der Partei zusammen.

Ebenso nehmen Vertreter von lateinamerikanischen Parteien oder sozialen Bewegungen wie "México vía Berlín" an dem Arbeitskreis teil. Der Arbeitskreis ist zudem eingebunden in die Tätigkeiten des Arbeitskreises Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dieser trifft sich einmal im Quartal. Es gibt außerdem eine Arbeitsgruppe Lateinamerika der Linksfraktion, die sich einmal im Monat trifft und auch über einen Koordinierungskreis verfügt.

Weiterhin existiert die Arbeitsgruppe Lateinamerika der Europäischen Linkspartei, die sich alle zwei Monate an verschiedenen Orten in Europa, meistens aber in Brüssel trifft und die Aktivitäten zu Lateinamerika aller Parteien koordiniert, die in der Europäischen Linkspartei (EL) zusammengeschlossen sind.

Das Koordinierungs-Treffen der Arbeitsgruppe Lateinamerika der Linksfraktion war letzten Freitag. Dort wurden die Schwerpunkte für dieses Jahr abgesprochen. Sowohl für den Arbeitskreis als auch für die Linksfraktion ist Kolumbien ein Schwerpunkt, also vor allem die Begleitung des Friedensprozesses zwischen FARC-Guerilla und Regierung. Kolumbien ist, glaube ich, neben Mexiko, das Land, wo die Linke am meisten unter Repression und Verfolgung leidet.

Alein in den letzten drei Wochen wurden 30 Vertreter des „Marcha Patriótica“, einer linken Bewegung, ermordet. Eine unserer Aufgaben ist es, die Linke in Kolumbien mit parlamentarischen Anfragen zu unterstützen und Bundesabgeordnete aufzufordern, Protestbriefe an entsprechende Regierungsstellen in Kolumbien zu schreiben, was zumindest eine symbolische Unterstützung darstellt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist Paraguay. Dort gab es einen institutionellen Putsch und im Vorlauf dazu das sogenannte Curuguaty-Massaker. Dort wurde Landlose von der Polizei niedergeschossen und es gab zahlreiche Tote. Zwar gab es auch Tote auf Seiten der Polizei, diese wurden aber nachweislich von Scharfschützen erschossen. Diese Tatsache änderte aber nichts daran, dass man über 15 landlose Bauern, ohne wirkliche Beweise für diese Tat, zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt hat. Da auch linke Bewegungen in Paraguay gerade versuchen, eine Solidaritätskampagne zu organisieren, versuchen wir mit unseren beschränkten Mitteln, diesen Gruppen Unterstützung zukommen zu lassen. Drittes Schwerpunktland wird Kuba sein.

Zu den Aktivitäten des Arbeitskreises: Zum einen gibt es die analytische Arbeit, um die Kräfteverhältnisse in Lateinamerika einschätzen zu können. Zwar kann man einerseits fast von einer linken politischen Hegemonie sprechen, gleichzeitig ist im Kontext einer nach wie vor existenten kapitalistischen Wirtschaftshegemonie kein einziges dieser Länder bisher in der Lage gewesen, angesichts einer noch sehr mächtigen Oligarchie, wirklich einen anderen Entwicklungsweg einzuschlagen. Da muss man bei aller berechtigten Kritik am Neo-Extraktivismus auch sehen, dass sich die Linksregierungen in einer enorm schwierigen Situationen befinden. Die Linke ist zwar an der Macht, aber in sehr fragilen und schwierigen Koalitionen. Wenn ich mir beispielsweise Brasilien angucke, dann stellt die PT (Arbeiterpartei) zwar die zentralen Regierungsposten, aber eingebunden in eine Koalition mit fünf anderen Parteien, davon einige, die sich eher dem Mitte-Rechts-Spektrum zuordnen lassen.

Auch in allen weiteren Ländern Lateinamerikas stellt die Linke nirgends die absolute Mehrheit, sondern das sind überall fragile Koalitionen teilweise mit Parteien, die, wie im brasilianischen Fall, eher im linksliberal-rechten und linksliberalen Spektrum verortet sind. Es gibt folglich keine einzige linke Partei, die allein an der Macht ist. Die Beispiele Honduras und Paraguay zeigen zudem, dass die Sektoren aus interessierten Kreisen, wenn sie die Möglichkeit haben, nicht davor zurückschrecken, diese Linksregierung zu stürzen. Es gab ähnliche Versuche in Ecuador, in Venezuela und in Bolivien, die aber, im Gegensatz zu Honduras und Paraguay, alle gescheitert sind.



### *Schwerpunkte der Diskussion zu beiden Beiträgen*

Zur Stabilität der kubanischen Gesellschaft: Bei der Analyse der neuen Linken in Lateinamerika, die keine klassischen linken Parteien sind und oft aus sozialen Bewegungen heraus entstanden, wird Kuba häufig ausgeklammert oder als Sonderfall behandelt, aber mit dem Hinweis, dass die Erfolge linker Kräfte in Lateinamerika ohne das kubanische Beispiel kaum möglich gewesen wären. Verbunden mit einer positiven Bewertung der kubanischen Bemühungen um eine eigenständige Entwicklung über Jahrzehnte hinweg. Die Regierung in Kuba sieht keine Notwendigkeit, das Einparteiensystem in Frage zu stellen. In Lateinamerika gibt es eine grundsätzliche Solidarität und das Bemühen, Kuba in die Integrationsprozesse einzubeziehen. So hat Kuba zurzeit die Präsidentschaft der Celac inne. Die wirtschaftliche Situation Kubas ist weit instabiler als die politische: Wegen der Abhängigkeit vom venezolanischen Erdöl, der Notwendigkeit, die Wirtschaft zu öffnen und des Bemühens, diese Entwicklung unter Kontrolle zu behalten. Von der notwendigen Stabilisierung der Wirtschaft hängt die konkrete Entwicklung der kubanischen Gesellschaft in starkem Maße ab. Nach jüngsten Angaben arbeiten 444.000 Personen auf eigene Rechnung (*cuenta propia*). Die weitere Entwicklung und Resultate der Arbeitsmarktöffnung sind schwer einzuschätzen. Mit Sicherheit wird dies aber zu einer weiteren sozialen Differenzierung der kubanischen Gesellschaft führen.

Soziale Ungleichheit in Lateinamerika: Lateinamerika ist nach wie vor der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit, obwohl auch im Ergebnis gezielter Politik der linken Regierungen eine Verringerung der Ungleichheit erfolgte. Häufig wird mehr für sozial Benachteiligte und Arme getan, ohne dass die bisher privilegierten Gruppen etwas verlieren, weshalb ihr Widerstand gegen Programme zur Armutsbekämpfung für Bildung und medizinische Betreuung etwa in Brasilien unter Lula und in Ecuador eher schwach ausgeprägt ist. Bolivien hat die Mittel dafür überwiegend aus der

Nationalisierung von Erdöl und Erdgas aufgebracht, aber sonst keine wirkliche Umverteilung vorgenommen. Die Umverteilungspolitik linker Regierungen hat auch zur relativ schnellen Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09 beigetragen, stößt aber mittlerweile an ihre Grenzen und kann nur durch den Angriff auf Privilegien bisher bevorzugter Gruppen weiter geführt werden.- Soziale Ungleichheit in Lateinamerika bezieht sich nicht nur auf das Einkommen, sondern schließt Veränderungen bei dem Zugang zu Bildung, Kultur oder medizinischer Betreuung ein. Die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern sind bedeutend; Venezuela und Bolivien haben diesbezüglich beachtenswerte Veränderungen aufzuweisen. Existieren linke Zentren, eine linke Jugendkultur und wie funktioniert soziale Bildung? Es gibt in Brasilien, Mexiko und Argentinien, gerade in Großstädten wie São Paulo, Mexiko-Stadt oder Buenos Aires, eine sehr lebendige kreative linke Jugendkultur, anders als in anderen Ländern Lateinamerikas wie etwa dem insgesamt ärmeren und ländlich geprägten Mittelamerika. Auch eine Subkultur braucht nun einmal Ressourcen. Diese Art der linken Jugendkultur entsteht oft aus Rebellion, insofern sind linke Regierungen dafür nicht unbedingt immer förderlich. Was politische Bildung angeht: Kolumbien und Brasilien verfügen beispielsweise über ein sehr enges Netz von Einrichtungen zur politischen Bildung. Das Forum von São Paulo koordiniert gerade politische Bildungsveranstaltungen auf lateinamerikanischer Ebene. Davon sind wir in Europa noch meilenweit entfernt. Diesen Unterschied spürt man auch. Lateinamerikanische Linke verfügen oft über ein gefestigtes, für Argumentationen einsetzbares politisches Wissen; bei vielen sozialen Organisationen besteht ein ausgeprägter Wunsch nach politischen Bildungsveranstaltungen und -formaten.

Welche Tendenzen in der Entwicklung der reichen Länder könnten die progressive Politik in Lateinamerika beeinflussen, wie kann die Entwicklung dort wirksam unterstützt werden? In Deutschland gibt es gelegentlich eine Neigung zur Idealisierung der Entwicklung in Lateinamerika. Wirkliche

Veränderungen können nur durch Transformation der Systeme im Norden und im Süden erfolgen: die Extraktivismus-Debatte hat zumindest Recht mit der Bemerkung, die Rohstoffe bleiben dort nur im Boden, wenn hier im Norden weniger konsumiert wird.

Für Lateinamerika war die neoliberale Politik eine existenzielle Bedrohung, es gab keinen Wohlfahrtsstaat wie in einigen europäischen Ländern und insofern eine andere Wahrnehmung von Kapitalismus. Die Entwicklung vieler heute in Lateinamerika regierender Parteien aus sozialen Bewegungen heraus und die immer noch bestehende Zusammenarbeit zwischen Bewegungen und Parteien sind positive Beispiele für die europäische Linke. Gibt es positive Beispiele, wo Organisation durch Bewegungen gut funktioniert hat, wie es auch bei uns sinnvoll wäre? Argentinien hat Beispiele systematischer politischer Bildung zu bieten und einige erfolgreiche Projekte der Arbeiterselbstverwaltung in bankrotten privatisierten Betrieben. Ähnliche Aktionen, auch mit einer Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften in Mexiko und Deutschland, gab es bei der Auseinandersetzung um die Continental-Fabrik in Mexiko, von der heute ein Teil selbst organisiert ist. In Mexiko gibt es Projekte mit Migranten, an denen sich auch linke kirchliche Einrichtungen beteiligen. In Ecuador haben wir den Fall, dass indigene Bewegungen den Ansatz hatten, den Präsidentenpalast im Rahmen von zivilen Ungehorsam solange zu umzingeln, bis der Präsident zurück getreten ist.

### **Die Linke in Mexiko: Perspektiven nach der Rückkehr der PRI**

Wie ist die Linke in Mexiko zu beschreiben? Innerhalb des lateinamerikanischen Kontextes scheint die Auswahl Mexikos als ein Fall für die Analyse von Entwicklung und Dynamik der Linken auf den ersten Blick nicht sehr logisch. Im Unterschied zu Ländern wie Chile, Argentinien, Bolivien, Venezuela, Ecuador und Uruguay, deren Demokratisierung durch regierende Linke begleitet worden ist, wurde Mexiko von konservativen Christen und Liberalen regiert, seitdem die Partei der Institutionellen Revolution (PRI = Partido Revolucionario Institucional) vor 14 Jahren zum ersten Mal die Präsidentschaft der Republik verlor. Wegen des untypischen Charakters in diesem regionalen Kontext wird Mexiko zu einem interessanten Fall für die Analyse. In diesem Vortrag beabsichtige ich einen Überblick über die Dynamik der Linken in Mexiko zu bieten, von den sozialen Bewegungen bis zu den mehr institutionalisierten Sektoren. Mit dem Ziel, dass die vorgestellte Analyse zur regionalen Reflexion dessen beitragen wird, was die Spaltungen und Spannungen zwischen den Linken für soziale Umwandlungen bedeuten. Es ist die außergewöhnliche Situation Mexikos in der Region, die den Fall für eine solche Überlegung interessant macht.

Anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern mit linken Regierungen steht im Moment die Konfrontation zwischen auf Entwicklung orientierten und entwicklungskritischen Linksprojekten nicht im Zentrum der Diskussion („Entwicklung“ ist hier in dem in der westlichen Welt allgemein üblichen Wortsinn gemeint). Ich meine hier die Diskussion zwischen Neosextraktivismus und neuen

Modellen, die eigentlich ihren Ursprung in traditionellen Modellen haben. Das heißt zum Beispiel dem Paradigma vom *buen vivir*, das jetzt in Mexiko kein Hauptthema ist, mit dem die Linke sich beschäftigt. Das hat aber in den letzten Jahren weder Kooperation noch Konfrontation zwischen verschiedenen Linksprojekten in unterschiedlichen Bereichen verhindert. Und das heißt nicht, dass die Bedingungen für solche Debatten nicht existieren, eher umgekehrt. Also Dispute über neuen Extraktivismus und ähnliche Themen gibt es jede Menge, aber das bestimmt mindesten zwischen linken Gruppen nicht die Diskussion. Der Schlüssel für das Verständnis der Unterschiede zwischen dem, wie die Debatte in Mexiko und dem Rest der Region strukturiert ist, liegt - so meine Hypothese - in einem Mangel an Erfahrung von einer auf nationaler Ebene regierenden Linken. Das macht, wie gesagt, den Unterschied zu anderen Ländern aus.

Für diese Hypothese präsentiere ich erstens eine Perspektive aus der Sicht der Institutionen, nämlich vom Standpunkt politischer Parteien. Zweitens schildere ich zum Vergleich die Perspektive aus der Sicht der zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen. Anhand beider Elemente schließe ich mit einer Überlegung, was kostet uns die Spaltung bei den Linken, die sich auf verschiedene Definitionen des Begriffs Entwicklung stützen. Ich beurteile dabei nicht, ob solche Unterschiede in der mexikanischen Linken gut oder schlecht für die Entwicklung der Linken im Allgemeinen sind. Ich mache nur auf die Besonderheit des Falls Mexiko aufmerksam.

Zuvor sollten wir vielleicht ein bisschen überlegen, was die Linke überhaupt ist. Was heißt links? Und wer ist die Linke in

Mexiko? Diese Frage wird uns in diesem Vortrag ständig begleiten, denn erstens führen nicht alle Handlungen der Gruppen, die sich selbst als links bezeichnen, zu anti-hegemonistischen Resultaten. Das ist klar. Zweitens: Nicht alle Gruppen, deren Handlungen antihegemonistische Resultate mit sich bringen, bezeichnen sich als links. Drittens: ein großer Teil der sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen fühlt sich extrem unbequem bei der Bezeichnung als links und viertens: auch wenn sich mehrere Äußerungen von sozialen Unruhen und politischen Protesten gegen die Regierung richten, muss man sich nicht automatisch für links halten. Um Kontroversen zu vermeiden, sprechen wir über verschiedene Linke im Plural.

Und bevor ich meiner Hypothese nachgehe, möchte ich zum Verständnis des Zusammenhangs eine kurze Darstellung der heutigen Lage in Mexiko geben. Erstmals fand 2006 ein Drogenkrieg unter der Regierung von Felipe Calderón statt, das ist vielleicht auch von den Mainstream-Medien bekannt. Wichtig ist, dass dieser Krieg nach offiziellen Angaben zu etwa 70.000 Todesopfern geführt hat. Bis jetzt gibt es eine Million und einige Hunderttausend Binnenflüchtlinge und bisher ungefähr 18.000 Verschwundene. Diese Situation hat zu einer Massenmobilisierung gegen die Gewaltsituation in Mexiko geführt. Aber es ist ganz wichtig zu verstehen, dass die Prozesse der Militarisierung im Land nicht mit Felipe Calderón 2006 angefangen haben. Das hat mit staatlichen Strukturen zu tun, und das hat schon lange vorher begonnen und setzt sich auch fort, wenn die PAN (*Partido Acción Nacional*, rechtskonservative Partei) nicht mehr an der Präsidentschaft ist.

2012 ist die PRI, diese Partei, die davor 70 Jahren regiert

hatte, wieder an die Regierung gekommen. Die Wahl 2012 wurde von neuen Versionen alter Formen von Wahlbetrug stark geprägt, besonders von Stimmenkauf und Wählernötigung. Präsident Peña Nieto hat die ersten Jahre mindestens vier wichtige strukturelle Reformen durchgeführt, und es ging um den Sektor der Telekommunikation, die Energiereform, Steuern und Bildung. Diese Reformen sind offensichtlich neoliberal, sie vertiefen die schon früher eingeleiteten neoliberalen Reformen. Aber diese Reformen in den letzten Jahren haben aber auch jede Menge an Mobilisierung gebracht. Im dritten Teil meines Vortrags werde ich einen Überblick über die relevanten sozialen Bewegungen in Mexiko geben. Sowohl von denen, die sich gegen die Rückkehr der PRI erklärten, als auch von denen, die sich gegen die strukturellen Reformen erhoben, sowie von jenen, die sich gegen die Gewalteskalation organisierten.

Aber vorher noch einmal zurück zu den Parteien, zu dem, was aus der Sicht der Parteien von ihrer Geschichte gesagt wird, dem Gespenst vom Wahlbetrug.

### Vom Gespenst des Wahlbetrugs bis zur Gründung einer neuen Linkspartei

Das Gespenst vom Wahlbetrug verfolgt die mexikanische Linke seit Langem. Wahlbetrug gegen die Linke natürlich. Erst einmal die Niederlage der progressiven Fraktion der PRI, dieser ursprünglichen Partei im Wahljahr 1988, der heutigen Partei der Demokratischen Revolution (*Partido de la Revolución Democrática* PRD). Diese Fraktion beabsichtigte die Gründung einer sozial gerechten, unabhängigen Linkspartei. Trotz der Niederlage der über 70 Jahren regierenden PRI im Jahr 2000 ist der heutige Status der

Wahldemokratie in Mexiko immer noch fragwürdig. Die Präsidentenwahl 2006 wurde von der dritten Wahlkraft, der PRD, und von breiten Sektoren der Gesellschaft als betrügerisch bezeichnet. Die Stellungnahme des Wahlgerichts war nicht ausreichend, um die Zweifel über die Sauberkeit des Wahlprozesses überzeugend zu klären. Die Wahlbehörde wurde seitdem bedeutend geschwächt. Die Regierung von Felipe Calderón begann mit einem starken Defizit an Legitimität, die er mit seinem sogenannten Krieg gegen das organisierte Verbrechen zu beseitigen versuchte. Die umstrittene Wahl von 2006 hatte zwei Wirkungen auf die Linkspartei, die nach offiziellen Angaben nur um 0,5% gegenüber dem Sieger verlor. Einerseits führte der Wahlprozess 2006 zu einer Spaltung zwischen Jenen, die das Resultat annahmen und Jenen, die es nicht akzeptierten. Die letzte Gruppe wurde von allem von López Obrador geführt und geleitet. Andererseits hat das Gespenst vom Wahlbetrug leider verhindert, dass die beiden großen institutionellen Linksparteien eine Selbstkritik geübt haben.

Ein weiterer Aspekt: López Obrador und *Morena*. (Bewegung Nationale Regeneration, *Movimiento Regeneración Nacional*). So heißt diese neue Partei, die sich in der letzten Phase ihrer formalen Gründung als Partei befindet, obwohl sie ursprünglich als eine soziale Bewegung zu beschreiben war. López Obrador, der Präsidentschaftskandidat der PRD für die letzten zwei Wahlen, entschloss sich, nach seinem Bruch mit der PRD eine neue Partei „*Morena*“ zu gründen. Dieses Projekt ist allerdings nicht von typisch linken inneren Spaltungen frei: zwischenzeitliche Analysen beobachten einerseits die mögliche Entwicklung in eine nationale Massenpartei, andererseits die in eine aus Bewegungen bestehende



Partei. Trotz dieser Spannungen gelten *Morena* zusammen mit der PT (Partei der Arbeit) als die einzigen linksinstitutionellen Akteure, die die beiden katholisch-konservativen Regierungen der PAN und die heutige PRI kritisch bekämpft haben. Trotz der großen sozialen Basis dieser neu gegründeten Partei ist es ihr nicht gelungen, die Spannungen zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und neuen Gruppen zu beseitigen.

Aber was ist los mit sozialen Bewegungen und Organisationen?

#### Die Geschichte aus der Sicht der sozialen Bewegungen.

Erstens: El Movimiento por la Paz, con Justicia y Dignidad (Bewegung für den Frieden, mit Gerechtigkeit und Würde). 2011 entsteht in Mexiko eine Bewegung gegen den sogenannten Drogenkrieg von Felipe Calderón. Die Welle von Gewalt im Töten und die Zahl der Toten erreichten auch die Mittelschichten, in diesem Fall den Sohn des Dichters Javier Sicilia. Dies trug zur Artikulation einer nationalen Bewegung insbesondere von Opfern der Gewalt bei. Diese Bewegung rückte das Thema Menschenrechte ins Zentrum der Diskussion. Trotz der breiten Unterstützung für einen großen Aufruf gelang es der Movimiento por la Paz, con Justicia y Dignidad nicht, eine umfassende sozial und politische Kritik voran zu treiben. Dennoch ist der Gewinn für die Opferbewegung nicht zu unterschätzen. Eine Politisierung der Debatte wurde leider nicht erreicht.

Zweitens: Die studentische Bewegung „Yo soy 132“ (Ich bin 132). Drei Monate vor der Präsidentenwahl 2012 entstand die studentische Bewegung „Yo soy 132“. Sie veränderte die Agenda der

Wahlkampagne, sobald sie sich gegen die alten Autoritäten erklärte. Dazu gehört zu einem die Warnung vor der Rückkehr der PRI und ihres Kandidaten Peña Nieto. Zum anderen erinnerten sie an die Menschenrechtsverletzungen, an denen dieser Kandidat während seiner Amtszeit als Gouverneur des großen Bundesstaates Mexiko beteiligt war. Diese Gruppe hat sich insbesondere gegen das Medienmonopol - Duopol - zwei großer Fernsehkonzerne ausgesprochen. Damit hat sie unterstrichen, dass es keine Demokratie und überhaupt keine Konkurrenz unter den Medien in Mexiko gibt. Von besonderer Bedeutung war die Überzeugung, dass die Wahlen noch nicht entschieden waren. Denn Peña Nieto galt von Anfang an als der unvermeidliche Sieger. Fast zwei Jahre nach der Entstehung hat sich diese studentische Bewegung fast aufgelöst. Dennoch diente sie der politischen Sozialisierung einer Generation von Studenten aus mehreren sozialen Schichten. Die Aktivisten gingen in andere Bewegungen und Parteien wie *Morena*.

Drittens: Der weltweit bekannte Zapatismus. 1994 erklärte die *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) dem mexikanischen Staat den Krieg. Dies erfolgte nach der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens NAFTA (North American Free Trade Agreement – Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) zwischen Mexiko, den USA und Kanada. Die EZLN präsentierte sich als eine klassische Guerilla, jetzt aber mit einem neuen Element. Sie forderte nicht nur einen Wechsel zu einer Regierung mit einem anderen ökonomischen Modell, sondern auch die soziale und politische Anerkennung der indigenen Bevölkerung. Seitdem bewegte sich der Zapatismus zwischen einer Kritik am Neoliberalismus und einer Forderung nach

relativer Unabhängigkeit der *Indígenas*, die sich nun nach alten Traditionen und Sitten (*usos y costumbres*) richten sollten. 1995 begannen die Verhandlungen mit der Regierung, letztere setzte eine offizielle Kommission für Gespräche mit den Zapatisten ein. Das Ergebnis war ein gemeinsamer Kompromiss: Los acuerdos de San Andrés (Die Abkommen von San Andrés), die vom Kongress als Gesetz verabschiedet werden sollten. Nachdem dies tatsächlich geschah, berief sich der damalige Präsident Ernesto Zedillo auf das Vetorecht. Damit kehrte er den Zapatisten den Rücken und hielt sein Wort nicht. Seitdem leiden die Zapatisten ebenso wie die Dörfer, die sie unterstützen, an Verfolgung, Belästigung, Unterdrückung, Folter und einem Krieg niederer Intensität. Seither brach der Zapatismus radikal alle Kontakte zur Regierung auf allen Ebenen ab. Der Zapatismus kehrte sich nicht nur von der Regierung, sondern auch vom ganzen Parteiensystem ab. Er definiert sich als linksgerichtet, aber gegen Wahlen und Parteien.

Sie haben auch gegen die Parteien gekämpft. Dies hatte einen Bruch zwischen den Zapatisten und der PRD zur Folge. Seitdem agiert der Zapatismus immer mehr auf lokaler Ebene und geht immer vorsichtiger vor, wenn es um Allianzen und andere Bewegungen geht. Die vierte Erklärung aus der Selva Lacandona (Lacandonischer Wald, Operationsgebiet der Zapatistas) gilt als die letzte offizielle Stellungnahme des Zapatismus. Sie suchen sicherlich Annäherungen an andere Gruppen, aber nicht an diejenigen, die Institutionen nahestehen.

Viertens: Die Gewerkschaften. Was geht mit den Gewerkschaften? Die SME (*Sindicato Mexicano de Electricistas*), ist eine mexikanische Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter. 2009 fand

ein Massenentlassung von Mitgliedern dieser Gewerkschaft statt, bis sie offiziell aufgelöst wurde. Tausende gingen in die Arbeitslosigkeit. Dies hängt mit der Vorbereitung der Privatisierung des nationalen Elektrizitätsunternehmens zusammen. Die SME organisierte massive Demonstrationen, einen Hungerstreik und andere Aktionen - ohne Erfolg. Die Gewerkschaft wurde nicht vollständig aufgelöst. Die Arbeiter kämpfen immer noch um Gelder, für Renten und andere Leistungen, die ihnen dem Recht nach zustehen. Trotz allem ist diese Gewerkschaft eine der aktiven Kräfte bei dem Protest gegen die Welle von Privatisierungen im Rahmen der Strukturreformen von Peña Nieto und die Regierung von Peña Nieto selbst. Ihre Mitglieder werden ständig von der Regierung verfolgt und inhaftiert.

Innerhalb der Gewerkschaften gibt es gibt auch die CNTE (*Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación* - Nationale Koordination der Arbeiter des Bildungswesens), eine andere große Gewerkschaft. Die *Coordinadora* ist eine Abspaltung innerhalb der Gewerkschaft des Bildungswesens, die SNTE (*Sindicato Nacional de los Trabajadores de la Educación*, Nationale Gewerkschaft der Arbeiter des Bildungswesens). Das eine ist die Gewerkschaft, das andere eine Koordination. Das ist ein bisschen kompliziert zu erklären, die *Coordinadora* ist aber sozusagen die linke Abspaltung von der „offiziellen“ Gewerkschaft, der SNTE. Millionen Lehrer gehören zum CNTE. Gewerkschaft. Die *Coordinadora* zählt zu den regierungskritischen Organisationen. 2013 eskalierte der Protest, als der Kongress eine Reform des Bildungswesens verabschiedete. Es ist wichtig zu sagen, dass dies eine „Bildungsreform“ in Richtung Prekarisierung der Lehrer ist. Es ist keine Bildungsreform im Sinne

einer Verbesserung der Qualität oder der Bedingungen im Bereich der Bildung in Mexiko. Diese „Reform“ war eigentlich ein Gesetz gegen die Arbeitsbedingungen der Lehrer. 2013, und 2014 demonstrierten sie in Mexiko-Stadt und errichteten ein Lager auf dem Zócalo, dem zentralen Platz in Mexiko-Stadt, von dem sie durch die Polizei vertrieben wurden.

Fünftens: Die *Autodefensas*. Seit 2012, zum Teil schon früher, entstanden in Mexiko die sogenannten Selbstverteidigungsgruppen (*autodefensas*). Diese sind kleine Gruppen bewaffneter Bauern und von Bewohnern kleiner Dörfer., die sich angesichts von Mängeln, Unrecht, Städten mit großer Kriminalität und der Korruption von Polizisten und Militärs entschlossen, sich selbst zu bewaffnen und die kriminellen Gruppen und manchmal auch die Stadtpolizisten zu vertreiben. Dies bedeutet de facto eine Nichtanerkennung des Staates und seines Gewaltmonopols. Kartelle hatten nicht nur privaten Unternehmen geholfen, auch Behörden waren von Kartellen entweder kontrolliert oder sogar direkt geleitet worden. Die *autodefensas* bewaffneten sich ohne Billigung des Staates und fingen einen Krieg gegen die in ihrer Regionen anwesenden kriminellen Gruppen an. Die Regierung verhandelt jetzt mit ihnen über die Möglichkeit, in die lokale Polizei aufgenommen zu werden. Mittlerweile haben sie einen kleinen Teil der illegalen Fälle sowie die Zerstörung von Wäldern gestoppt. Ihnen ist es bisher gelungen, dass Kartelle wie die *Caballeros Templarios* (Tempelritter) eingekreist wurden. Mehrere Mitglieder der *autodefensas* wurden entwaffnet und inhaftiert.

### Wie verhalten sich die links-gerichteten Akteure zueinander?

Wie ich beschrieben habe, hat sich die linke Seite des Parteiensystems Mexikos in der letzten Jahren verändert. Das Gespenst des Wahlbetrugs zusammen mit Skandalen von Korruption innerhalb der PRD haben die größte Linkspartei geschwächt. Zwischen anderen hat diese Situation zu einer Spaltung der institutionellen Linken geführt. Die Gründung von *Morena* als nationaler Partei ist eine Konsequenz davon. Seit Mexiko als eine Wahldemokratie zu beschreiben ist (d. h. seit 2000), hat die Linke auf nationaler Ebene nicht regiert. Wie ich am Anfang dieses Vortrags angedeutet habe, hat dieses Merkmal der Entwicklung der Linken in Mexiko eine entscheidende Konsequenz für die Gestaltung des Diskurses der Linken gehabt. Angesichts einer auf der nationalen Ebene nicht regierenden Linken haben soziale Bewegungen Schwierigkeiten gehabt, eine kritische ökonomische Position zu definieren. Die größten sozialen Bewegungen der letzten Jahre haben kaum definierte ökonomische Agenden, die sich zu einer tieferen Kritik des Kapitalismus entwickeln konnten.

Ich möchte ein bisschen die Vorstellung vermitteln, wie alle Grüppchen nicht miteinander sprechen oder es nicht wollen. Und jetzt, in den letzten Monaten, gab es vielleicht die historische Möglichkeit, diese Tradition der Linken zu brechen, und zwar die Energiereform in Mexiko. Der Erdölsektor in Mexiko ist ein ganz besonderes Thema. Die Mexikaner betrachten das wirklich als ein ganz sensibles Thema und vielleicht war es die einzige Agenda, die alle hätte zusammen bringen können. Es ist aber nicht passiert. Wie gesagt, alle haben ihr eigenes Programm, sie kämpfen auch manchmal unter sehr prekären Bedingungen, aber die Linken

machen nicht wirklich etwas zusammen.

Es gibt aber eine andere Situation zum Beispiel bei den Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, auch bei kleinen Gewerkschaften, die immer noch existieren oder bei kleinen Bewegungen in verschiedenen Städten. Die kämpfen gegen extraktiven Bergbau oder gegen alternative Energiegewinnung in Teilen von Mexiko. Also bei all diesen Gruppen ist die Situation, offen gesagt, sehr schlecht. Es geht nicht nur um die großen Akteure, die wirklich nicht zusammen operieren können, sondern auch um die kleinen regionalen oder lokalen Grüppchen. Sie agieren nicht mit den großen, aber arbeiten auch nicht untereinander zusammen. Sie wurden in den letzten Jahren sehr intensiv in den Drogenkrieg einbezogen, aber auch von der Regierung angeklagt, belästigt und kriminalisiert. Also einerseits diese Belästigungen und die Kriminalisierung, andererseits hat sich der Protest nicht wirklich verändert. Wenn man die großen Medien verfolgt, denkt man vielleicht über die Situation: „Ja, in Mexiko geht es um eine Entwicklung in Richtung Demokratie, und solche Sachen funktionieren mehr oder weniger besser“ oder so ähnlich. Aber in Wirklichkeit ist das eigentlich nicht der Fall, besonders was diese genannten vier Gruppen angeht, würde ich sagen. Die großen Gewerkschaften haben immer noch die Möglichkeit, mit der Regierung zu verhandeln. Das heißt nicht, dass diese Gewerkschaften nicht belastet würden, aber es ist bei lokalen Gruppen natürlich einfach schlimmer.

#### Als Schluss: Die Perspektive

Zum Schluss zwei, drei Überlegungen und drei positive

Aspekte. Aber zunächst ist es interessant festzustellen, dass wir bis jetzt auf nationaler Ebene keine Linksregierung hatten. Die Debatte gegen Neoextraktivismus ist bisher ein bisschen verloren worden. Die Zapatisten haben das von Anfang an natürlich gesagt und auch den extraktiven Bergbau und die Solaranlagen bekämpft. Aber anders als in anderen Ländern wurde es nicht deutlich artikuliert, und das ist ein Merkmal von Mexiko. Es gibt drei wichtige Versuche, die Linke zusammen zu bringen, aber die sind nicht so erfolgreich wie man denken könnte. Einmal ist es der *Movimiento por la Paz, con Justicia y Dignidad*, die Bewegung von Opfern. Von ihr gab es auch neue Initiativen, die zwei Abteilungen der linken Partei zusammen zu bringen, auch mit Gewerkschaften, bäuerlichen Bewegungen und mit Intellektuellen. Aber das hat sich bis jetzt noch nicht wirklich weiter entwickelt.

Es gibt eine andere sehr spezifische Initiative, das „*Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP)*“, das ständige Tribunal der Völker. Es stellt den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg her und erklärt, warum die NAFTA und die neoliberale Politik immer noch zum Krieg niederer Intensität führen können, und manchmal handelt es sich nicht wirklich um einen Krieg niederer Intensität, manchmal ist es offener Krieg. Und es gibt in den letzten Tagen etwas Neues, den „*Congreso Popular*“ (Volkskongress), aber das klingt ein bisschen wie die alten Versuche, die bis jetzt keine wirklich große Wirkung hinterlassen haben.

Es gibt aber drei positive Aspekte, die ich nennen will. Und das heißt, es ist wichtig, dass diese neue Partei „*Morena*“ ganz allein bei den Wahlen 2012 antrat. Bis jetzt leidet sie noch unter der Belastung von der großen Partei (PRD). Es gibt auch etwas ganz



Besonderes bei der Bewegung gegen die Eskalation der Gewalt, und das ist eigentlich etwas Neues. Das betrifft auch die Arbeit unseres Vereins México vía Berlín, der die internationale Solidarität wieder aktiviert hat. Die Frage nach den strukturellen Gründen der Gewalt in Mexiko wurde wieder gestellt. Auch viele Gruppierungen, nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, arbeiten über die ursprüngliche Solidarität mit dem Zapatismus hinaus zusammen. Es gibt jetzt zwei Generationen, die zusammen arbeiten, das finde ich auf internationaler Ebene ganz wichtig. Das hilft natürlich, international das Problem der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko sichtbar zu machen.

Ein weiterer positiver Aspekt sind die neuen politischen Bewegungen, zum Beispiel die studentische Bewegung „Yo soy 132“, obwohl es dann nicht mehr ging. Das hatte zur politischen Sozialisierung einer neuen Generation geführt, und das heißt immer frische Luft und bedeutet auch, dass viele, obwohl sie nicht bei „Yo soy 132“ weiter machen, in anderen Bewegungen aktiv sind. Das ist immer wichtig für die Linke.

Ganz wichtig ist, dass sich seit 2011 die Mexikaner im Ausland ganz intensiv mobilisiert haben. México vía Berlín, unser Verein, entstand ursprünglich aus der internationalen Solidaritäts-Bewegung gegen die Gewalteskalation in Mexiko. Und aus diesem Grund nutze ich die Gelegenheit ein paar Worte zu unserer Arbeit zu sagen: 2011 haben wir, eine Gruppe von Mexikanern, das Kollektiv „México vía Berlín“, gegründet, dessen heutige Mitglieder gleichermaßen aus Mexikanern und Deutschen bestehen. Jetzt, nach fast drei Jahren sind wir fast auf dem Weg, ein eingetragener Verein zu werden.

México vía Berlín e. V. ist ein Verein, der sich der theoretischen sowie der transdisziplinären Forschung politischer, sozialer und ökonomischer Verhältnisse und Interdependenzen zwischen Mexiko und Deutschland zum einen und zwischen Europa und Lateinamerika zum zweiten widmet. Von seiner akademischen Arbeit ausgehend, entwickelt der Verein Projekte politischer Handlung und Bildung aus einer internationalistischen linksgerichteten Perspektive.

Bis jetzt, außer all diesen Solidaritätsaktionen mit Mexiko und auch denen in Verbindung mit anderen deutschen Organisationen, (besonders mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko), die seit langem Solidarität mit Mexiko üben, realisieren wir zwei Forschungsprojekte, betreiben Lobbyarbeit, auch mit deutschen Menschenrechtsgruppen und führen Veranstaltungen zur politischen Bildung durch. Das sind Dinge, die wir für sehr wichtig halten und die auch hier und nicht nur, wenn wir in Mexiko wären, stattfinden sollten. Und es geht um Waffenexport von Deutschland nach Mexiko.

Ende März führen wir eine Konferenz „Gewaltsame Abhängigkeiten: Mexiko, Deutschland und der Waffenhandel“ am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin durch. Die Experten, die wir als Gäste haben werden, sind der Journalist Hauke Friederichs, der Journalist Wolf-Dieter Vogel, die Journalistin Amrai Coen und Carlos Pérez Ricart, Forscher bei México vía Berlín.

Wir führen auch ein Forschungsprojekt über Militarisierung der Polizei, im Rahmen der Lobbyarbeit um ein mögliches Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko, durch. Im Rahmen der politischen Bildung haben wir Seminare organisiert. Mit

Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unter Leitung des Philosophen Arturo Romero sind die Lesekreise „Marx auf Spanisch“ und „Theories from the South“ - Wie denkt man im Süden, was heißt Süden immer noch? Wie ist der Süden zu betrachten? - zu erwähnen, um die theoretische Diskussion zu fördern.

All unsere Publikationen, Veranstaltungen und Projekte sind auf unserer Webseite [www.mexicoviaberlin.org](http://www.mexicoviaberlin.org) zu erfahren.

### *Schwerpunkte der Diskussion*

Welche Bedeutung hat heute die Otra Campaña (Andere Kampagne) der Zapatistas?

Es war ein Versuch, die Bewegung noch einmal aufzuwerten. Aber es bestand erstmalig die Möglichkeit für Linke zu regieren. Es gibt viele offene Fragen: wechselseitige Vorbehalte der Zapatistas und der PRD gegenüber einer Zusammenarbeit; die PRD hatte in Chiapas regiert. Es gab, vor dem Hintergrund zweier nicht zusammen passender Entwicklungsmodelle historische Gründe, nicht zusammen zu arbeiten. Die Wahrnehmung der Zapatistas und ihrer Regierung in Chiapas ist in Europa stärker positiv registriert worden als in Mexiko. Marxismus und Indigenismus scheinen schwer kompatibel. In indigenen Vorstellungen geht es oft um Autonomie und Selbstregierung, nicht um nationale Machtübernahme.

Welche Rolle spielt heute der Congreso Nacional Indígena, der von den Zapatistas mit initiiert wurde?

Es gibt keine gemeinsamen nationalen Aktionen von Bedeutung, der CNI ist derzeit kein nationaler Akteur. Austausch zwischen den Gruppen existiert weiter. Im Zusammenhang mit den autodefensas gibt es neue Kontakte zu anderen Gruppen. Es gibt in Mexiko derzeit keine wirklich marxistische

Partei, Morena ist es auch nicht. Die Partei der Arbeit ist ihrer Satzung nach eine marxistische Partei, aber mit begrenztem Einfluss.

Die in links regierten Gesellschaften vorhandenen Konzeptionen wie buen vivir sind nicht automatisch mit marxistischen Entwicklungskonzeptionen vergleichbar. Mexiko hat seit Bildung der NAFTA bedeutende soziale Veränderungen erlebt.

Gibt es eine größere Politisierung der davon negativ betroffenen sozialen Gruppen?

Es gibt sowohl politische Mobilisierung, aber auch eine Entpolitisierung, so wie viele Akteure der Studentenbewegung, die sich als unpolitisch betrachten. Sind Bürgerwehren ein Fluch oder Segen für die Gesellschaft, welchen politischen Einfluss können sie erlangen? Es scheint zu früh, eine endgültige Antwort zu geben. Es gibt Waffenlieferungen an beide Seiten. Dahinter steckt keine Absicht zur Umgestaltung der Gesellschaft, es sind sehr unterschiedliche Interessen.

**El Frente Popular Darío Santillán- Corriente Nacional construye una nueva herramienta política y social en Argentina.**

Acerca de los inicios del Frente Popular Darío Santillán

En una mirada de largo plazo, desde las organizaciones del campo popular reafirmamos la continuidad de una etapa de resistencia estratégica de los sectores populares frente a las fuerzas más concentradas del capital y del imperialismo, abierta en nuestro país por la ofensiva que derrotó al proyecto revolucionario de los '70 (con la brutal dictadura militar y su programa económico, que acompañó la reestructuración capitalista que se produjo a nivel global), continuada durante la “transición democrática” y profundizada durante la década de los '90. Esta etapa de resistencia estratégica sufrió un cambio importante sobre finales de la década del '90, abriéndose una fase de contraofensiva de los sectores populares sobre dicha dinámica de resistencia general.

Esta fase de contraofensiva se gestó en el marco de los límites estructurales del proyecto neoliberal impuesto por el capital concentrado en nuestro país, respondió a un proceso de deterioro de la vida popular sin precedentes, y se sustentó en una masificación del protagonismo político y capacidad de lucha del pueblo trabajador y en una reapropiación de “la política” por parte del mismo, que produjo una importante crisis en la hegemonía y la dominación del capital concentrado, que tuvo su momento cúlmine entre finales del 2001 e inicios del 2002. A su vez, este proceso se enmarcó y retroalimentó en el marco de una crisis del neoliberalismo, un retroceso del imperialismo y una contraofensiva

popular también a nivel continental.

En dicho marco y desde hace 10 años, organizaciones provenientes de diferentes sectores (territoriales, estudiantiles, sindicales, rurales) confluimos en la creación de una herramienta política y social que tomó como principios esenciales el antiimperialismo, el anticapitalismo, el antipatriarcado y la necesidad de transitar un proceso de unidad desde prácticas y reflexiones comunes, en la construcción estratégica del Poder Popular para el Cambio Social. Es así que el Frente Popular Darío Santillán nació de la conjunción de estas experiencias de organización en la búsqueda de construir una organización de izquierda *de nuevo tipo* en la Argentina. De nuevo tipo, porque por un lado, existía acuerdo en la caducidad de las formas organizativas pertenecientes a los distintos partidos de vanguardia de la izquierda clásica. Por otro, porque luego de un período de coordinación entre diferentes experiencias sociales novedosas surgidas al calor de la lucha contra el neoliberalismo en la Argentina, se hacía necesario consolidar un proyecto y una organización de carácter nacional, una herramienta política y social que permitiera aglutinar a lo que se empezaba a conocer como la “Izquierda Independiente”.

Desde ese punto inicial hasta el día de hoy, podemos decir con orgullo que hemos aportado a proyectar, desde una visión política, varios elementos a las experiencias del campo popular:

La construcción de Poder Popular como elemento fundamental de una estrategia emancipatoria. Una construcción que parte desde las bases, desde las luchas y sueños de las clases subalternas, desde donde es posible pensar y construir un proyecto alternativo de país y sociedad. Un poder liberador en tanto puede prefigurar, mediante

otros valores y formas, mediante otra institucionalidad liberadora, el horizonte de Cambio Social que queremos.

Una clara vocación de síntesis de tradiciones políticas diferentes, buscando recuperar las mejores lecciones de nuestra historia y reivindicando la herencia de las rebeliones populares del 19 y 20 de diciembre de 2001.

Coherencia en evitar caminos que llevaran a la cooptación, organizando nuestra bronca, poniendo el cuerpo en las distintas reivindicaciones populares y desplegando nuestra convicción en las calles, en un trabajo paciente y sostenido a lo largo del país.

La voluntad de construir una organización donde confluyan los distintos sectores del pueblo trabajador. Visión que -enmarcada en las condiciones de fragmentación que nos legó el neoliberalismo- asumió una concepción multisectorial de los sujetos populares del Cambio Social.

La búsqueda permanente de unidad con otras fuerzas populares y una fuerte apuesta a seguir promoviendo diferentes espacios de articulación y coordinación de la Izquierda Independiente.

La proyección latinoamericana e internacional, siendo parte activa del ALBA de los Movimientos Sociales, junto a organizaciones hermanas de toda Nuestra América. Porque creemos que en América Latina y en su pueblo organizado anidan las esperanzas emancipadoras de la humanidad. La integración y articulación a nivel latinoamericano e internacional (como lo demuestra nuestra participación en el Foro Social Mundial Palestina Libre y las Brigadas Internacionalistas en Haití, Paraguay y Venezuela) tiene entonces un sentido estratégico vital.

Tenemos la certeza de que esa misma búsqueda, ese proyecto y esa vocación de transformar profundamente la realidad de nuestro pueblo, está más vigente que nunca. Sin embargo, en los últimos años, en el Frente Popular Darío Santillán se instaló un fuerte debate en torno a los desafíos que nos presenta la realidad de nuestro país y la actualidad de las organizaciones populares. Discusiones en relación a cuáles son las tareas que se desprenden de la proyección política, respecto a dónde volcar los esfuerzos y cómo darle cuerpo a nuestras ideas fuerza. Estos debates evidenciaron diferencias en distintos planos con sectores de una izquierda independiente que aún no pudo construir una alternativa social emancipadora más allá de la fragmentación que el sistema instala como ley. Cómo hacer posible y realmente efectivo para millones de argentinas/os una alternativa de país y sociedad ante el actual capitalismo neodesarrollista. Cómo concebir al/los sujetos populares del Cambio Social y la construcción de marcos de confianza para avanzar en procesos de unidad superadores de las organizaciones populares. Cómo desarrollar la disputa de la estatalidad mediante los mecanismos electorales.

Es así como a comienzos de 2013 una gran cantidad de regionales y colectivos del FPDS decidieron constituirse como una corriente política con sus instancias organizativas propias que permitieran poner en prácticas nuestras convicciones, para desde allí avanzar en la búsqueda de una herramienta político-social superadora, junto a todas aquellas organizaciones que compartieran la misma perspectiva. Así nace el Frente Popular Darío Santillán - Corriente Nacional.

Quienes conformamos esta nueva herramienta organizativa



valoramos profundamente los aportes que arriba mencionamos y entendemos que constituyen un acumulado vital para encarar los desafíos que atraviesa la Izquierda Independiente en esta etapa, caracterizada por el crecimiento de la hegemonía del proyecto kirchnerista, a la vez que la complejidad que se abre de cara al recambio político hacia las elecciones presidenciales de 2015, recambio que se anuncia por derecha ya sea dentro o fuera de este espacio político. Un proyecto que ha comprendido que la gobernabilidad luego de la rebelión popular de 2001 sólo es posible a través del reconocimiento de las demandas populares, forjadas en los años de resistencia al neoliberalismo, pero que ha restringido, a su vez, este reconocimiento a la convivencia pacífica entre opresores y oprimidos y ha abonado a una construcción política “por arriba”, en la cual la potencia transformadora del pueblo trabajador se vio limitada.

### Un ciclo se abre en 2013

#### Desafíos para la organización y los movimientos sociales

Esta fase de contraofensiva de los sectores populares no logró en nuestro país consolidarse como un proceso de acumulaciones y/o rupturas aceleradas que logren transformar profundamente la relación de fuerzas entre las clases, y por lo tanto, construir una alternativa de “salida” popular de la crisis. Por tanto no se constituyó en un cambio de etapa a una de carácter pre-revolucionaria o revolucionaria.

En esta imposibilidad, que todavía se nos hace necesario analizar críticamente en todas sus determinaciones, incidieron no sólo la respuesta represiva del régimen en crisis. Lo hicieron sobre

todo la fragmentación social del pueblo trabajador, la fuerte crisis de sus “representaciones” sociales y políticas previas, la persistencia de la crisis de “proyecto” y “alternativa” de cambio social, y, por lo tanto, la inexistencia de estrategias revolucionarias colectivas y con arraigo popular, con capacidad de orientar contrahegemonicamente tamaño proceso de luchas. Es así que, en Argentina, dicha fase de contraofensiva de los sectores populares sufrió un reflujo decisivo desde mediados del 2003, consolidándose una nueva fase de reconstrucción de la hegemonía y la dominación del capital concentrado. Ahora bien, esa fase se dio sobre una correlación de fuerzas modificada favorablemente para el pueblo en el proceso inmediatamente previo.

Afirmamos que la contraofensiva popular modificó de forma significativa la subjetividad del pueblo trabajador y, por lo tanto, la situación del campo popular, así como las condiciones de hegemonía y dominación del capitalismo concentrado en nuestro país. A su vez, este cambio en la subjetividad tuvo la decisiva influencia de los novedosos procesos de cambios revolucionarios abiertos en Venezuela, Bolivia y Ecuador y su aporte en el renacer de un antiimperialismo latinoamericanista así como de una perspectiva renovada anticapitalista y por el socialismo.

Las respuestas sistémicas exitosas a esta contraofensiva lograron reconstruir un nuevo ciclo de acumulación y crecimiento económico capitalista, en clave de un nuevo proyecto al que denominamos neodesarrollista, más adecuado a dicha necesidad de reconstrucción del ciclo en el marco de una nueva situación nacional e internacional. Este nuevo ciclo y proyecto, desarrollado en base a continuidades y rupturas con el ciclo neoliberal y la situación

producida por su crisis, fue conducido por un pequeño sector de las dispersas clases dominantes: el kirchnerismo, que fue ampliando sus bases de sustentación, haciendo uso de la estructura del Estado con gran vocación y capacidad hegemónica, y realizando una lectura aguda y audaz del proceso anterior y de las correlaciones de fuerza, e integrando durante más de un quinquenio a la mayor parte de la clase capitalista, así como a gran parte de los sectores medios y populares.

Sin embargo, esta importante recomposición no puede ocultar que la brecha abierta por aquella “crisis de representación”, correlato de la crisis en la hegemonía y la dominación del capital concentrado de fines de los '90 (pero también de un fenómeno más global), no logra ser suturada totalmente. Persiste toda vez que no consigue reconstruir un régimen estructurado de partidos sistémicos con arraigo de masas, revertir la desconfianza popular que perdura hacia los “políticos” o la “justicia”, profundizar la acción del voto hacia sus candidatos en una mayor implicación y compromiso afectivo-político, o desterrar la acción directa y la autoorganización como parte del repertorio básico de prácticas políticas de diversos sectores populares.

En síntesis, si bien no podemos desconocer la magnitud de los cambios que en este aspecto se han producido en la última década, con una recomposición del sistema de representación, tampoco podemos desconocer que la población en general mantiene una relación más activa y más crítica con respecto a las instituciones representativas y la “Política”. Por otro lado, la experiencia de los procesos políticos populares latinoamericanos más radicales se gestaron y hoy intentan profundizarse, combinando diversas formas

de movilización y construcción de poder popular, con la construcción, paralelamente, de mediaciones políticas institucionales que incluyen en un lugar importante la disputa electoral.

El ciclo neodesarrollista expresa y desarrolla nuevas manifestaciones de las contradicciones sistémicas fundamentales en la etapa: capital - trabajo; imperialismo - región; democracia burguesa - autogobierno; patriarcado - soberanía sobre los cuerpos; saqueo de la naturaleza - defensa de los bienes comunes. Estas nuevas manifestaciones habilitaron y exigieron (y lo siguen haciendo) la construcción y/o jerarquización de “nuevos” frentes de lucha popular, así como la intervención en temáticas anteriormente ajenas o subordinadas en las agendas de lucha del movimiento popular. Sobresalen en este sentido la reactivación de la conflictividad en el mundo del trabajo asalariado; la multiplicación de las resistencias al sistema extractivo; la masificación de las reivindicaciones y movilizaciones de géneros; la necesidad de la organización de lxs trabajadorxs ocupadxs pero precarizadxs e informales; la emergencia de una “cuestión urbana” agudizada y explosiva; la politización de la juventud tanto de los sectores medios como más empobrecidos; los debates y disputas (con menor o mayor masividad y participación popular de acuerdo al caso) sobre los contenidos de la mentada soberanía nacional y popular, sobre la identidad e historia nacional (y sus contradicciones), sobre el rol del estado como garante de derechos, sobre la democratización de los medios de comunicación, sobre “la justicia”, etc.

El ciclo neodesarrollista, su proyecto hegemónico y su gobierno de la última década, el kirchnerismo, comenzó a sufrir

desde mediados del 2012 elementos de estancamiento y desgaste que pueden derivar en los próximos años en un momento de inflexión política. Esta situación es una combinación compleja de al menos cuatro elementos: la dinámica de la crisis mundial y cómo impacta en la región y nuestro país; el agotamiento, en diferentes aspectos del proyecto neodesarrollista; un malestar y descontento social en aumento, cuyo sentido está en disputa; el recambio político venidero, donde la fuerza hasta aquí hegemónica no puede llevar como candidata a su líder, Cristina Fernández de Kirchner. Esto último abre una lucha por la sucesión, a la vez que el sistema de partidos muestra los límites de lo que no se pudo recomponer, después de la crisis de dominación del 2001.

Frente a esta situación, durante los últimos dos años notamos un aumento del descontento social, y luchas que expresan un crecimiento de la conflictividad frente a la media de la década neodesarrollista. Si bien resultaría apresurado y desmesurado afirmar que estamos ante la presencia de un nuevo ciclo de alza en la lucha popular (y, menos aún, afirmar que la bronca o el malestar se va a canalizar en un sentido transformador o de izquierdas), debemos al mismo tiempo evitar pensar que se trata de luchas aisladas. En ese sentido, la pérdida del poder adquisitivo de los últimos años, las carencias del transporte público, servicios, vivienda, etc., y, en menor medida, las resistencias a los emprendimientos extractivistas, junto al desgaste y pérdida de legitimidad gubernamental, pueden alimentar mayores niveles de conflictividad social.

Sin duda, en estos años ha habido avances de nuestro pueblo. Hemos valorado como positivas ciertas políticas de Estado como el

enjuiciamiento a los genocidas de la última dictadura, la estatización del sistema jubilatorio, Aerolíneas y parte de YPF, y la implementación de la Asignación Universal por Hijo, la Ley de Matrimonio Igualitario y la Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual. Estos avances populares deben ser profundizados, pues no parecen formar parte hoy de un proyecto genuino y global de Cambio Social, donde el protagonismo del pueblo marque el rumbo.

Ante este panorama, consideramos primordial en esta etapa reforzar:

- La convicción de que hay que soldar un bloque histórico de las clases subalternas. Esto requiere pensarse y pensar la política no en términos corporativos sino como expresión genuina del conjunto plural de las luchas de nuestro pueblo trabajador; donde los papeles centrales en la lucha de clases serán decididos por la dinámica histórica y no por deducir comportamientos políticos automáticos devenidos del lugar en la fragmentada sociedad que, por abajo, nos deja el capitalismo.
- La necesidad de construir una organización nacional y verdaderamente federal. Una organización que pueda pensarse como aporte a la unidad del campo popular, superadora de la fragmentación actual, escapando a la autorreferencialidad, la autoconstrucción, el localismo y el sectarismo que por tanto tiempo han deteriorado las posibilidades de superación de la izquierda en nuestro país.
- La vocación de que esa fuerza social y política ayude a referenciar masivamente otro proyecto de país y sociedad. Una opción de orientación socialista, anclada en el ejercicio cada vez más amplio de la Soberanía Popular, que enfrente al capitalismo neodesarrollista,

en todos los planos.

- La firmeza de retomar la construcción del poder popular como estratégico, asumiendo - al mismo tiempo - la necesidad de una Proyección Política Integral. En el marco de esta proyección es preciso organizar la disputa de la estatalidad mediante los mecanismos electorales, resignificando y transformando los espacios conquistados, de manera que permita interpelar masivamente al conjunto de nuestro pueblo. Entendemos que esta perspectiva forma parte del acervo de las batallas emancipatorias que se están dando en Nuestra América.

- La creencia de que la Izquierda Independiente tiene una responsabilidad histórica al respecto. Si no emprendemos esta difícil tarea podemos estar hipotecando nuestras construcciones de base, asumiendo una radicalidad puramente retórica, que no vaya más allá del plano reivindicativo y corporativo, o estar escondiendo una futura integración subordinada. La mayor radicalidad de una estrategia emancipatoria de las clases subalternas, se enmarcará en la proyección de una disputa hegemónica, por la dirección “intelectual y moral” de la sociedad.

El espacio de la Izquierda Popular y la organización Con la convicción de que el objetivo general de la etapa para el movimiento popular sigue siendo la transformación profunda de la correlación de fuerzas sociales en nuestro país, y que para este gran objetivo se hace imprescindible avanzar en objetivos específicos que lo hagan posible a mediano plazo, emprendimos la tarea de construcción de un nuevo espacio político en nuestro país: la Izquierda Popular, con la vocación de recuperar las mejores experiencias y tradiciones del

campo popular y de la izquierda independiente, y la necesaria superación de sus limitaciones y fragmentación.

Desde este espacio consideramos preciso, en primer lugar, la participación activa en la conflictividad social actual, ya que como demuestra la experiencia histórica y como nos dice nuestro ideario emancipatorio, sin lucha de masas no habrá avance en la correlación de fuerzas sociales.

En segundo lugar, la consolidación, construcción y disputa de ámbitos que favorezcan la autoactividad y autogobierno popular, prefigurando el proyecto de sociedad emancipada del capitalismo, el colonialismo, el patriarcado. Entendemos que la estrategia de disputa y construcción de este plano del desarrollo político debe realizarse atento a una planificación que de cuenta de los principales resortes de los de arriba. Es decir, debe superar la lógica de “crecimiento por los bordes”, o cierta “espontaneidad” de la que venimos. En este sentido, mejorar la inserción en los principales centros urbanos del país, aumentar la presencia en los sectores asalariados estatales y privados, y construir estructura e instrumentos legales a en las principales provincias del país, constituyen tareas de primer orden.

En tercer lugar, el avance en la construcción de la mayor unidad orgánica del pueblo trabajador y el campo popular posible, de un nuevo bloque histórico del pueblo trabajador, con centralidad en los organismos de poder popular y las mediaciones movimientistas y frentistas que desde ahí impulsemos.

Y en cuarto lugar, el avance desde esa lucha y construcción en la afirmación y referenciación masiva de otro proyecto de país y sociedad, con un programa de transformaciones estructurales y



orientación anticapitalista y socialista.

En este sentido, consideramos que a) a pesar que como movimiento popular no tuvimos condiciones para orientar la contraofensiva popular y su ciclo de luchas que culminó en la rebelión de diciembre de 2001; b) y aunque el proceso de reconstrucción y normalización post 2003 produjo un importante reflujo de la autoactividad popular y retroceso de las posiciones antisistémicas con respecto a la situación de la crisis; tras la década neodesarrollista, la situación para desarrollar dichos objetivos, en el marco de una estrategia con horizonte revolucionario, es favorable con respecto a la década anterior. Y no sólo esto, sino que contiene importantes posibilidades a desarrollar, a partir de a) esa nueva correlación de fuerzas construida por las luchas populares de los últimos 15 años; b) de las contradicciones a profundizar del proyecto neodesarrollista; y c) del importante acumulado político que construyó el espacio del campo popular del que somos protagonistas como FPDS-CN. Todo esto con visión estratégica, coherencia, y sin voluntarismos ilusos; pero sí con audacia, unidad y confianza en el pueblo trabajador y el movimiento popular.

Y hablamos del “espacio del campo popular del que somos protagonistas como FPDS-CN”, porque como no está de más recordarnos, el último ciclo de luchas populares al que hicimos referencia, también sedimentó de forma novedosa la gestación de una nueva corriente de construcción y lucha popular, de acción y pensamiento revolucionario, profundamente interpeladora del hacer/pensar político de izquierda en nuestro país. Se fue autodenominando en su proceso de definición identitaria como izquierda autónoma, nueva nueva izquierda, izquierda

independiente, izquierda popular, de acuerdo a definiciones políticas que fueron al mismo tiempo clarificando un rumbo político, como organizando a su interior a una serie de grupos no siempre estable.

Corriente o espacio que, a pesar y contra el proceso hegemónico de reconstrucción y normalización post 2003, no sólo logró “sobrevivir”, consolidando dificultosamente su arraigo en distintos sectores del pueblo trabajador y sus construcciones de poder popular, sino que también dio en esta década algunos importantes pasos de crecimiento en su multisectorialidad, afirmación de una identidad y un ideario, prácticas prefigurativas, formación de una nueva generación militante, densidad organizativa, articulación latinoamericana, visión y programática estratégica, vocación de unidad popular, proyección política, disputa de hegemonía y poder. Y también logró posicionarse, si bien desde los márgenes, con bastante coherencia frente al fenómeno político del ciclo neodesarrollista, a diferencia de otros espacios del campo popular. Aunque estos pasos de crecimiento fueron lentos e insuficientes (y con dificultad para superar la fragmentación) el espacio de la hoy Izquierda Popular tiene muchas potencialidades para dar un salto en su desarrollo en el seno del pueblo trabajador en lucha. Será fomentando y protagonizando sus luchas, ganando visibilidad y referencia hacia sectores más amplios de ese pueblo, y aportando más decisivamente a la disputa contra-hegemónica contra los proyectos de los de arriba.

### Las tareas de la etapa: hacia el socialismo del Siglo XXI

Consideramos que las tareas que enumeramos a continuación forman parte de una estrategia integral. Las mismas, son fruto de un largo proceso de elaboración y síntesis de nuestra organización en los últimos años, así como de los últimos análisis de coyuntura que hemos realizado, y en su mayoría son aspectos de los desafíos que venimos discutiendo y proyectando desde hace varios años. De lo que se trata ahora centralmente es de llevarlas a cabo.

#### 1- PARTICIPACIÓN EN LAS LUCHAS DE NUESTRO PUEBLO

Una primera tarea fundamental pasa por analizar las contradicciones del neodesarrollismo y de las posibles conflictividades en el marco de su proceso de desgaste en curso. Esto nos lleva a incentivar la lucha de masas, siendo protagonistas en la movilización de los sectores del pueblo trabajador donde tenemos construcción, interviniendo y acompañando en los conflictos donde nuestra fuerza no esté presente y articulando los posicionamientos generales sobre distintos acontecimientos, debates, malestares populares, con la necesidad de la lucha y la organización popular. Para ello, vemos como fundamental ampliar y profundizar la inserción militante en el seno del pueblo trabajador a nivel nacional, sobre todo en aquellos sectores donde las contradicciones del proyecto hegemónico se tornan más relevantes y nuestra inserción es aún muy incipiente. Esto implica seguir abonando a la construcción del pueblo trabajador como sujeto popular multisectorial y diverso; reconociendo las múltiples opresiones, experiencias de luchas, rebeldías y esperanzas que lo atraviesan; aportando a romper con la fragmentación y el

corporativismo que hoy persiste, construyendo experiencias políticas de base y poder popular cada vez más densamente prefigurativas del cambio social proyectado, y articulando la lucha y construcción social con la proyección y la disputa política.

## 2- POLITIZACIÓN Y ARTICULACIÓN DE LAS LUCHAS POPULARES

Una segunda tarea fundamental, ligada indisociablemente a la anterior pasa por aportar a profundizar la “politización” y la proyección política integral del movimiento popular. Articular y proyectar el poder popular y la unidad de lxs de abajo con un horizonte de superación del capitalismo, del patriarcado y del imperialismo, fortaleciendo la vocación de soberanía popular y autogobierno, en conjunción con la disputa en la “batalla de ideas” y de “dirección moral e intelectual”.

## 3- CONSTRUCCIÓN DE UN NUEVO IMAGINARIO DE IZQUIERDA

Incluimos también como una tarea clave de este momento histórico, la necesaria construcción de una izquierda que irrumpa en el escenario político nacional con elementos identitarios diversos, que permitan superar los límites que hasta el momento han mostrado las organizaciones del campo popular. Creemos que es necesaria una nueva síntesis de las tradiciones políticas populares que se expresaron a través de más de 200 años de luchas de nuestro pueblo y de formas de organización popular que deben dialogar y retomar las mejores enseñanzas de cada experiencia. Debemos abonar a la construcción de una izquierda popular como imaginario. Para ello creemos indispensable proyectar el acumulado histórico de la izquierda independiente de nuestro país, que surgió al calor de las luchas de resistencia al neoliberalismo con una estrategia integral de

construcción de poder popular, que implica no sólo una sólida presencia en el seno del pueblo trabajador sino también convertir ese imaginario en una propuesta de disputa contra- hegemónica y revolucionaria.

4- UN PROGRAMA ABIERTO, UN PROYECTO DE PAÍS Y SOCIEDAD  
Ligado a lo anterior, a ese imaginario de izquierda popular al cual debemos aportar, debemos darnos la tarea de avanzar en la construcción y referenciación masiva de un proyecto de país y sociedad, con un programa de transformaciones estructurales y orientación socialista, como propuesta inicial y abierta, puesto que se irá construyendo en la lucha, por el pueblo movilizado y por el protagonismo popular. Para ello, tenemos la obligación de intervenir con claridad y vocación hegemónica en los grandes debates que interpelan a los sectores populares y al movimiento popular, expresando y dialogando con las broncas y esperanzas que los atraviesan; y proponiendo ideas claras que sean comprendidas, interpreten las necesidades y sean entendidas como posibles además de deseables. Es en este sentido que se vuelve importante desarrollar experiencia en la elaboración de propuestas concretas de defensa y conquista de derechos populares, y de políticas públicas en un sentido progresivo y transformador, que prefiguren un proyecto de país alternativo, interpelen el proyecto neodesarrollista y puedan trabajarse como proyectos legislativos. Para llevar adelante esta tarea debemos desarrollar herramientas que facilitan la capacidad y profundidad de este programa abierto.

5- CONSTRUCCIÓN DE UNA HERRAMIENTA ELECTORAL NACIONAL  
En el plano de disputa estrictamente electoral, resulta clave la

apuesta a nacionalizar la construcción de instrumentos electorales propios y de propuestas políticas para la disputa electoral. Estas son herramientas muy importantes de masificación de la proyección política en la coyuntura y también de disputa de la estatalidad, con la proyección de resignificar y transformar también (desde) los espacios conquistados. Una personería electoral nacional, que nos permita incidir en la construcción de posibles propuestas en los años venideros, es una tarea prioritaria de este plano de la intervención integral. Al mismo tiempo, resulta clave articular las distintas experiencias electorales de la izquierda popular o de grupos que participan de experiencias cercanas, que se han desarrollado en todo el país, y construir un espacio común que potencie las experiencias que hasta ahora han sido locales y parciales.

#### Nace una nueva herramienta política y social para la Argentina: Movimiento Segunda Independencia

Fortalecer la construcción y la perspectiva estratégica de una izquierda popular y latinoamericana es una tarea fundamental de la presente etapa. Sin embargo, no nos consideramos una vanguardia esclarecida ni la organización “destinada” a conducir la revolución. La síntesis de diversas experiencias y tradiciones militantes y una amplia unidad del campo popular es imprescindible para lograr nuestros objetivos emancipatorios.

Una nueva organización, e incluso un frente que aglutine a todo el espacio de izquierda popular, deben armarse de una estrategia política para la conformación de un amplio bloque popular y revolucionario capaz de materializar un proyecto alternativo de país. Para cambiar la Argentina, para ponerla a tono

con los procesos más avanzados del continente, para generar un proceso de transformación con protagonismo popular, para modificar la correlación de fuerzas y parir un nuevo bloque histórico, para romper la dependencia y trascender el capitalismo, es imprescindible apostar a la unidad del campo popular y a la confluencia con otros sectores y tradiciones. En este sentido, la estrategia de la izquierda popular se delimita claramente de dos perspectivas que consideramos equivocadas: por un lado, de la concepción clásica del partido de vanguardia, en la que la conducción del proceso se centraliza en una dirección esclarecida y “pura” ideológicamente, alrededor de la cual se agruparían las masas en los momentos de crisis revolucionaria; por el otro, de aquellas estrategias que buscan de manera recurrente atar la organización popular a frentes o movimientos políticos hegemonizados por sectores capitalistas o exponentes de la partidocracia tradicional. La primera de las variantes suele tener como consecuencia el sectarismo frente a otras tradiciones políticas del campo popular y el burocratismo y sustitucionismo en relación a nuestro pueblo; la segunda, la subordinación de las construcciones populares a estrategias ajenas que, por supuesto, no apuntan a la superación de este sistema sino a su perpetuación.

Nuestra organización, por el contrario, asume como una necesidad estratégica aportar a la construcción de una gran fuerza popular que integre distintas tradiciones, identidades, culturas políticas y recorridos militantes para dar la pelea por la emancipación nacional y por un cambio social revolucionario. No estamos hablando de un frente electoral, de la fusión orgánica entre distintas fuerzas políticas, o de acuerdos puntuales para la

movilización, todas cosas necesarias pero insuficientes. Nos referimos a la necesidad de construir una fuerza social de masas, que necesariamente demandará la confluencia de amplios sectores del campo popular, fuerzas políticas, organizaciones sindicales, territoriales, estudiantiles, experiencias de organización asamblearia y sectores hasta hoy desorganizados de nuestro pueblo, con un programa de acción y objetivos compartidos. Las características precisas de esta unidad son imposibles de adelantar y serán forjadas por la relación entre el proceso histórico – social más general, la movilización popular, la militancia socialista y las propias respuestas del poder. Sin embargo son muchas las experiencias latinoamericanas que nos pueden servir de inspiración. Por supuesto que esta tarea demanda paciencia, vocación de unidad y claridad de objetivos para trabajar desde hoy en la articulación y coordinación con organizaciones del campo popular con las que hay muy diversos niveles de acuerdo táctico y estratégico.

Para construir un nuevo proyecto de país, debemos reconocer que tenemos hoy una estructura económica sumamente dependiente, más concentrada y extranjerizada incluso que en los noventa. Esta tendencia de la economía no se ha revertido con medidas parciales. Sufrimos niveles de pobreza estructural de alrededor del 30% que el crecimiento económico no logra resolver. Contamos con un tercio de los trabajadores y trabajadoras en la Argentina en situación informal y cerca de la mitad de la población laboral en distintas modalidades de trabajo precario. Se perpetúa un nivel de desigualdad social que la tímida redistribución de ingresos lograda no permite modificar. Nuestros recursos naturales siguen en manos de un puñado de empresas transnacionales que dominan



nuestra economía. Sólo 7 empresas controlan el 87% del comercio exterior de granos. De cada U\$S 100 que producen las empresas mineras solo U\$S 1,5 queda para nuestro país. El 70% del petróleo y el gas sigue en manos de compañías extranjeras. Contamos con una industria absolutamente deficiente, que ensambla productos importados para hacer negocios de exportación, mientras que los sectores estratégicos que deberían desarrollarse quedan relegados por criterios de rentabilidad del mercado. En los grandes centros urbanos se ha impuesto el modelo de desarrollo dirigido por el negocio inmobiliario, que ha puesto a la especulación financiera como ordenadora del desarrollo urbano, y al valor del metro cuadrado como medida de progreso. Es así que más de 4 millones de personas hoy viven en la Argentina en situación precaria y no tienen acceso a la vivienda.

Nuestra convicción es que ninguno de todos los problemas mencionados se pueden resolver sin un programa de transformaciones estructurales que impliquen afectar los intereses del poder económico concentrado. Se hace imprescindible avanzar en el control público de los recursos naturales y del comercio exterior, para financiar con esos recursos un plan de transformación de la matriz productiva. Necesitamos avanzar en una reforma tributaria integral, para que sean las grandes fortunas y las grandes propiedades quienes financien al Estado para garantizar el acceso a la educación, a la salud y a la cultura. Resulta determinante también avanzar en la regulación del mercado inmobiliario para terminar con la especulación y garantizar el derecho a la vivienda. Asimismo se requiere replantear la estrategia en relación a la deuda externa, que refuerza la restricción externa sobre nuestro país, para lo cual

propugnamos la necesidad de investigar y auditar la deuda pública a fines de terminar con el pago de una deuda ilegítima y usuraria. Para llevar adelante todo este programa también se requiere derogar las leyes sancionadas durante el neoliberalismo que se encuentran plenamente vigentes, como la ley de inversiones extranjeras, de entidades financieras y de flexibilización laboral. La aplicación de este programa resulta inviable si nos atenemos solo a los marcos de la actual “democracia parlamentaria”, por lo que postulamos la necesidad de avanzar en una transformación del Estado en un sentido democratizador, incorporando la dimensión del poder popular, es decir del protagonismo del pueblo en las decisiones fundamentales del país. No es casualidad que los procesos más avanzados de Nuestramérica hayan construido procesos constituyentes que pudieron modificar cuestiones trascendentales para forzar sus propios destinos.

A diferencia de lo que plantea el oficialismo, según el cual en estos años se ha avanzado pero simplemente se trata de esperar o ir por “lo que falta”, nosotros planteamos que más allá de avances parciales, lo que no ha habido es un programa de transformaciones estructurales que implican discutir no solo la herencia del neoliberalismo, sino también los pilares del actual modelo. Nuestra propuesta no es “profundizar” lo que se hizo, sino avanzar en una dirección transformadora de fondo.

La segunda tarea indudablemente es construir este cuarto espacio de la izquierda popular. En esta tarea la síntesis entre el Frente Popular Darío Santillán Corriente Nacional, MAREA Popular y una serie de organizaciones populares de todo el país, juega un papel fundamental. Es así que en julio de 2014 nace una nueva

organización: El Movimiento Segunda Independencia, por la construcción de la Patria Grande.

Pero por supuesto que la emergencia de una nueva herramienta política y social de la izquierda popular nos excede, por lo que no debemos abandonar la tarea de avanzar en la articulación con otras organizaciones que forman parte del mismo espacio. Decenas de grupos que hacen trabajo social, cultural, gremial, estudiantil, de denuncia en el país, con los que nos encontramos en la agenda de luchas y de encuentros del campo popular, andan en búsqueda de una referencia política que les interprete en términos positivos los desafíos políticos para cambiar la sociedad. Miles de compañeros con preocupaciones políticas que vienen eligiendo el “mal menor” y participando de este y de aquel encuentro para “ver qué pasa” también comparten la búsqueda por una referencia política que supere las expectativas de lo existente. Entendemos que todas estas búsquedas son parte de esta apuesta, y es de vital importancia construir las mediaciones necesarias para llevar adelante esta cuestión.

Además, es importante articular las distintas experiencias electorales que se han desarrollado en todo el país, y construir un espacio común que potencie desde lo nacional las experiencias que hasta ahora han sido locales y parciales. Estamos convencidos de que sin articulación nacional, no hay posibilidad de poner en pie este espacio, que no pretende ser una sumatoria de experiencias locales, sino la articulación en un proyecto nacional que contemple las particularidades de cada lugar.

Es nuestra tarea interpelar a nuestro pueblo organizado y desorganizado, asumir sus reivindicaciones, y plantear una

alternativa en pos de una estrategia de poder propia, una estrategia de poder popular y lucha por el socialismo. El socialismo del siglo XXI, el socialismo nuestroamericano como dijo Mariátegui, no será ni calco ni copia, sino creación heroica. Y esa creación la hacen los pueblos.

*Bewegung Zweite Unabhängigkeit.*

Die **Volksfront Darío Santillán - Nationale Strömung** konstruiert ein neues politisches und soziales Werkzeug in Argentinien

Zu den Anfängen der Volksfront Darío Santillán

Langfristig betrachtet, können wir die Kontinuität des strategischen Widerstandes der Volkssektoren gegen die vereinten Kräfte des Kapitals und des Imperialismus bestätigen. Er wurde in unserem Land mit der Offensive gegen das revolutionäre Projekt der 1970er Jahre (durch die brutale Militärdiktatur und ihr ökonomisches Programm) eröffnet, während des "demokratischen Übergangs" fortgesetzt und in den 1990er Jahren vertieft und erlebte zu ihrem Ende eine Gegenoffensive der Volkskräfte. Sie vollzog sich im Rahmen der Strukturgrenzen des neoliberalen Projekts, gab Antwort auf eine Beschädigung des Volkslebens ohne Beispiel, äußerte sich in einem massenweisen politischen Protagonismus, der Kampffähigkeit des arbeitenden Volkes und in der Wiederaneignung "der Politik" durch Teile von ihm, was zu einer bedeutenden Krise der Hegemonie und Herrschaft des Großkapitals mit dem Höhepunkt Ende 2001/Anfang 2002 führte. Die Krise des Neoliberalismus, Rückschläge des Imperialismus und eine Gegenoffensive des Volkes widerspiegelten sich kontinental.

In diesem Rahmen vereinigten sich Organisationen verschiedener Sektoren (territoriale, ländliche, der Studenten und Gewerkschaften) bei der Schaffung eines politischen und sozialen Werkzeugs. Dessen Grundprinzipien sind Antiimperialismus, Antikapitalismus, antipatriarchalisches Verhalten und die Notwendigkeit, einen Prozess der Einheit von gemeinsamen Überlegungen und Praxis beim strategischen Aufbau der Volksmacht für den gesellschaftlichen Wandel zu durchschreiten. So entstand die Volksfront Darío Santillán aus der Verbindung dieser organisatorischen Erfahrungen auf der Suche nach dem Aufbau einer Organisation der Linken *neuen Typs* in Argentinien. Sie bestätigte einerseits die Gültigkeit existierender Organisationsformen verschiedener Parteien

der klassischen linken Avantgarde und andererseits die Notwendigkeit, nach einer Periode der Koordinierung verschiedener neuartiger sozialer Erfahrungen im Kampf gegen den Neoliberalismus ein Projekt und eine nationale Organisation sowie ein politisches und soziales Werkzeug zu konsolidieren, die es erlaubten, das zusammenzufassen, was als "Unabhängige Linke" bekannt wurde.

Mit Stolz können wir deshalb sagen, dass wir seitdem dazu beigetragen haben, mit einer politischen Vision verschiedene Erfahrungen aus dem Lager des Volkes zu projizieren:

- Den Aufbau der Volksmacht als grundlegendes Element einer Befreiungsstrategie - von der Basis her, den Kämpfen und Träumen der unteren Klassen, wo es möglich ist, an ein alternatives Projekt des Landes und der Gesellschaft zu denken und es aufzubauen; eine Befreiungsmacht, die die Horizonte des von uns - mit anderen Werten, Formen und Institutionen - gewünschten gesellschaftlichen Wandels vorwegnehmen kann.

- Eine Berufung auf die Synthese verschiedener politischer Traditionen, die Wiederherstellung der besten Lehren unserer Geschichte und das Erbe der Volksrebellion vom 19./20. Dezember 2001.

Übereinstimmung darin, Irrwege zu verhindern, den Disput zu organisieren, sich um die verschiedenen Forderungen des Volkes zu kümmern und die eigene Meinung auf der Straße, in geduldiger und nachhaltiger Arbeit im ganzen Land, deutlich zu machen.

- Der Wille, eine Organisation aufzubauen, in der sich die verschiedenen Sektoren des arbeitenden Volkes vereinen und, durch die vom Neoliberalismus ererbte Spaltung geprägt, eine multisektorale Konzeption der Volkskräfte des gesellschaftlichen Wandels akzeptieren.

- Die ständige Suche nach der Einheit mit anderen Volkskräften und ein starker Einsatz zur Förderung verschiedener Räume der Artikulierung und Koordinierung der Unabhängigen Linken.

- Die lebenswichtige, strategische Bedeutung besitzende

lateinamerikanische und internationale Projektion (Teilnahme am Weltsozialforum Freies Palästina und den internationalen Brigaden in Haiti, Paraguay und Venezuela) als aktiver Teil des ALBA der Sozialen Bewegungen, gemeinsam mit Bruderorganisationen Unseres Amerika, weil wir glauben, dass in Lateinamerika und seinem organisierten Volk die Hoffnungen zur Befreiung der Menschheit verankert sind.

Wir sind sicher, dass diese Suche selbst, dieses Projekt und diese Berufung auf Veränderung der Realität unseres Volkes aktueller denn je sind.

In den letzten Jahren hat in der Volksfront Darío Santillán eine heftige Debatte um die Herausforderungen durch die Realität unseres Landes und die aktuelle Situation der Volksorganisationen stattgefunden: welches sind Aufgaben, die sich aus der politischen Zielsetzung ableiten, worauf sollen sich die Anstrengungen richten und wie lassen sich unsere Ideen realisieren? Wie lässt sich angesichts des gegenwärtigen neodesarrollistischen Kapitalismus eine Alternative des Landes und der Gesellschaft für Millionen Argentinier verwirklichen? Wie sind die Volkskräfte des gesellschaftlichen Wandels und der Aufbau von Vertrauen, um im Prozess einer höheren Einheit der Volksorganisationen, zu verstehen? Wie soll man die Diskussion über die Rolle des Staates mittels der Wahlmechanismen entwickeln? Diese Debatten auf verschiedenen Ebenen machten Differenzen zwischen Sektoren einer unabhängigen Linken deutlich, die im Rahmen des bestehenden Systems noch keine Alternative der sozialen Befreiung aufbauen konnte.

Anfang 2013 entschied sich eine große Anzahl der Regionalorganisationen und Kollektive der Front für die Bildung einer politischen Strömung mit eigenen Organisationsformen - der Frente Popular Darío Santillán - Corriente Nacional -, die es erlaubten, unsere Überzeugungen in die Praxis umzusetzen, auf der Suche nach einem weiterreichenden gesellschaftspolitischen Werkzeug, gemeinsam mit jenen Organisationen, die die gleiche Perspektive teilten. Wir bewerteten die

oben genannten Beiträge als eine Bereicherung für die Herausforderungen der Unabhängigen Linken in dieser Etappe, die durch die wachsende Hegemonie des Kirchner-Projekts und eine komplexe Situation angesichts eines möglichen politischen Wechsels nach rechts bei den Präsidentschaftswahlen 2015, innerhalb oder außerhalb des jetzigen politischen Raums, charakterisiert wird. Dieses Projekt hat verdeutlicht, dass die Regierbarkeit nach der Volksrebellion von 2001 nur bei Anerkennung der im Widerstand zum Neoliberalismus gewachsenen Forderungen des Volkes möglich ist, diese aber auf die Anerkennung des friedlichen Zusammenlebens zwischen Unterdrückern und Unterdrückten eingengt und auf eine politische Konstruktion "von oben" fixiert wurde, bei der die Gestaltungskraft des arbeitenden Volkes begrenzt wird.

#### Ein Zyklus öffnet sich 2013: Herausforderungen für die Organisation und die sozialen Bewegungen

Die Phase der Gegenoffensive der Volkskräfte erreichte keine Konsolidierung als Prozess der Akkumulation oder des beschleunigten Umbruchs, die das Klassenkräfteverhältnis grundlegend verändert hätten und einen alternativen Ausweg aus der Krise sichern konnten. Ein Wandel zu einer vorrevolutionären oder revolutionären Etappe vollzog sich nicht. Das ist noch in seiner ganzen Bedeutung kritisch zu analysieren. Es wirkte sich nicht nur auf die repressive Antwort des Regimes in der Krise aus, sondern vor allem auf die soziale Aufsplitterung des arbeitenden Volkes, die tiefe Krise seiner früheren sozialen und politischen "Vertretungen", die anhaltende Krise der "Projekte" und "Alternativen" des gesellschaftlichen Wandels und folglich auf die Nichtexistenz kollektiver revolutionärer Strategien mit Wurzeln im Volk und der Fähigkeit, insgesamt die Hegemonie im Kampf zu übernehmen. So erlebte die Gegenoffensive der Volkskräfte ab Mitte 2003 in Argentinien einen Rückschlag und die Wiederherstellung der Hegemonie und Herrschaft des vereinten Kapitals, nachdem sich das Kräfteverhältnis davor zugunsten des Volkes verändert



hatte. Die Gegenoffensive des Volkes hatte die subjektive Situation des arbeitenden Volkes und folglich des Volkslagers genauso verändert wie die Bedingungen für die Herrschaft und Hegemonie des Kapitals. Dieser Wandel wurde entscheidend durch die Erneuerungsprozesse der offenen revolutionären Transformationen in Venezuela, Bolivien und Ecuador und ihren Beitrag beeinflusst, den Antiimperialismus in Lateinamerika sowie eine antikapitalistische Perspektive Richtung Sozialismus neu zu beleben.

Die erfolgreiche Gegenoffensive des Systems eröffnete einen neuen Zyklus kapitalistischer Akkumulation und des von uns als neodesarrollistisch bezeichneten Wachstums unter veränderten nationalen und internationalen Bedingungen, in einer Mischung aus Kontinuität und Bruch mit dem neoliberalen System und der von ihm erzeugten Krise. Sie wurde von einer kleinen Gruppe sehr unterschiedlicher Vertreter der herrschenden Klassen angeführt, den Anhängern der Kirchners (Ernesto und Cristina Fernández de Kirchner), die ihre Unterstützung erweiterten, die Struktur des Staates sehr fähig zur Hegemonie nutzten, dem vorherigen Kräfteverhältnis eine deutliche Lektion erteilten und innerhalb weniger Jahre den größten Teil der Kapitalistenklasse und auch der Mittel- und Volksschichten integriert hatten.

Zweifellos konnte diese bedeutende Veränderung nicht verbergen, dass die Lücke, die durch die "Krise der Vertretungen" - verbunden mit der Krise in der Hegemonie und Herrschaft des Großkapitals Ende der 1990er Jahre (auch global) - geöffnet worden war, nicht vollständig geschlossen werden konnte. Es gelang nicht, ein strukturiertes Regime von Parteien des Systems mit Massenanhang zu schaffen, das Misstrauen des Volkes gegenüber "den Politikern" oder "der Justiz" abzuwenden, die Abstimmung für die Kandidaten durch Hinwendung und Einbeziehung in politische Versprechen zu vertiefen oder die direkte Aktion und die Selbstorganisation als grundlegende Bestandteile der praktischen Politik verschiedener Volkskräfte abzuwenden. Dennoch muss anerkannt werden, dass die Bevölkerung in der letzten Dekade eine aktivere und kritischere Position

gegenüber den repräsentativen Institutionen und "der Politik" einnimmt. Andererseits werden die radikaleren politischen Prozesse in Lateinamerika in ihrem Verlauf durch verschiedene Formen der Mobilisierung und des Aufbaus der Volksmacht und die gleichzeitige Bildung von Institutionen der politischen Vermittlung vertieft, bei denen der Wahldisput einen bedeutenden Platz einnimmt.

Der neodesarrollistische Zyklus bringt neue Beweise für die systemimmanenten Widersprüche und entwickelt sie weiter: Kapital - Arbeit, Imperialismus - Region, bürgerliche Demokratie - Selbstregierung, patriarchalisches Verhalten - Souveränität der Körperschaften, Ausbeutung der Natur - Verteidigung der gemeinsamen Güter. Sie fördern und verlangen den Aufbau und/oder die Hierarchisierung "neuer" Fronten des Volkskampfes und die Hinwendung zu früher fernen oder untergeordneten Themen der Volksbewegung. Dabei überwiegen die Reaktivierung der Konflikte in der Welt der Lohnarbeit, der verstärkte Widerstand gegen den Extraktivismus, die Zunahme der Forderungen sowie der Mobilisierung in der Geschlechterfrage, die Notwendigkeit zur Organisation der in prekären und informellen Verhältnissen beschäftigten Arbeiter, die Dringlichkeit der zugespitzten und explosiven urbanen Probleme, die Politisierung der Jugendlichen sowohl aus den Mittelschichten als aus den ärmsten Kreisen, die mit wechselnder Volksbeteiligung geführten Diskussionen um nationale und Volkssouveränität, über Identität und Nationalgeschichte mit ihren Widersprüchen, über die Rolle des Staates bei der Garantie der Rechte, über die Demokratisierung der Medien oder über die Justiz.

Der neodesarrollistische Zyklus und seine Ausprägung in der Regierung und Hegemonie des kirchnerismo ließen ab Mitte 2012 Elemente der Stagnation und der Abnutzung erkennen, die in den nächsten Jahren zur politischen Unbeweglichkeit führen können. Diese Situation wird durch die komplexe Kombination von mindestens vier Elementen bestimmt: die Dynamik der globalen Krise und ihrer Auswirkung auf die Region und unser Land, die teilweise Erschöpfung des neodesarrollistischen

Projekts, wachsendes gesellschaftliches Unbehagen und soziale Unzufriedenheit, die sich in der Diskussion befinden und ein künftiger politischer Wechsel, wenn die bisher bestimmende politische Kraft Cristina Fernández de Kirchner nicht mehr als Kandidatin aufstellen kann und ein Kampf um die Nachfolge beginnt, wobei das Parteiensystem seine Grenzen zeigt, da es sich nach der Herrschaftskrise von 2001 nicht neu formieren konnte.

Angesichts dieser Situation haben wir in den letzten beiden Jahren steigende soziale Unzufriedenheit und im Vergleich zum Durchschnitt der neodesarrollistischen Dekade wachsende Konflikte erlebt. Auch wenn es übereilt und unangemessen wäre anzunehmen, dass wir vor einem neuen Aufschwung des Volkskampfes stehen (und noch weniger, dass der Streit und das Unbehagen sich in Richtung Transformation oder nach links kanalisieren), dürfen wir nicht denken, dass es sich um isolierte Kämpfe handelt. So können der Verlust der Kaufkraft in den letzten Jahren, die Mängel im öffentlichen Transport, bei den Dienstleistungen, der Wohnungssituation und, in geringerem Maße, der Widerstand gegen die Rohstoffunternehmen zusammen mit der Abnutzung und dem Verlust an Regierungslegitimation zu größeren sozialen Konflikten führen.

Ohne Zweifel hat es in diesen Jahren Fortschritte für unser Volk gegeben. Wir haben verschiedene politische Entscheidungen des Staates wie die Bestrafung des Genozids der letzten Diktatur, die Verstaatlichung des Rentensystems, von Fluglinien und teilweise der Erdölgesellschaft YPF, die Einführung des Kindergeldes, das Gesetz über die gleichgeschlechtliche Ehe und das Mediengesetz positiv bewertet. Diese Fortschritte für das Volk müssen vertieft werden, sie erscheinen aber nicht als Teil eines wirklichen und allgemeinen sozialen Wandels, in dem der Protagonismus des Volkes den Kurs bestimmt.

Vor diesem Hintergrund sehen wir es in dieser Etappe als vordringlich an, Folgendes zu stärken:

- Die Überzeugung, dass ein historischer Block der unteren Klassen

zusammengeschweißt werden muss. Das erfordert, Politik nicht als korporativen Terminus, sondern als wirklichen Ausdruck des pluralen Ganzen der Kämpfe unseres arbeitenden Volkes zu verstehen, wo der zentrale Beitrag zu den Klassenkämpfen durch die historische Dynamik bestimmt wird und nicht von einem automatischen politischen Verhalten aus einem unteren Platz in einer gespaltenen Gesellschaft heraus abgeleitet wird, die uns der Kapitalismus hinterlässt.

- Die Notwendigkeit, eine nationale und wirklich föderale Organisation aufzubauen, eine Organisation, die sich als Beitrag zur Einheit des Volkssektors versteht und die aktuelle Zersplitterung und Selbstbezogenheit überwindet, die Selbstdarstellung, das Sektierertum und die lokale Begrenztheit, die über lange Zeit eine größere Rolle der Linken in unserem Land verhindert haben.

- Die Berufung, dass diese soziale und politische Kraft hilft, ein anderes Projekt für das Land und die Gesellschaft voranzubringen, eine Option sozialistischer Orientierung in der immer stärkeren Ausübung der Volkssouveränität auf allen Ebenen.

- Die Gewissheit, den Aufbau der Volksmacht als strategisches Ziel wieder aufzunehmen und gleichzeitig die Notwendigkeit einer Integrierten Politischen Projektion zu akzeptieren. In deren Rahmen ist es erforderlich, den Disput über die Staatlichkeit mittels Wahlmechanismus zu organisieren und dabei eroberten Räumen ihre Bedeutung wieder zu geben und sie umzugestalten, in einer Weise, die es erlaubt, massiv die Gesamtheit unseres Volkes anzusprechen. Wir meinen, dass diese Perspektive Teil des Reichtums der Befreiungsschlachten in Unserem Amerika ist.

- Der Glaube, dass die Unabhängige Linke eine historische Verantwortung dafür hat. Wenn wir diese schwierige Aufgabe nicht bewältigen, kann sie unseren Aufbau an der Basis belasten und eine rein rhetorische Radikalität annehmen, die nicht über die Forderungs- und Organisationsebene hinausgeht oder sich hinter einer künftigen niedrigen Integration versteckt. Die größte Radikalität einer Befreiungsstrategie der unteren Klassen ist in

die Projektion eines Hegemoniedisputs durch die intellektuelle und moralische Führung der Gesellschaft eingefügt.

#### Der Raum der volkstümlichen Linken und die Organisation

Überzeugt, dass das allgemeine Etappenziel für die Volksbewegung die tiefgründige Umgestaltung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in unserem Land ist und dass dafür das Vorankommen bei mittelfristig möglichen spezifischen Zielen unerlässlich ist, sehen wir als Aufgabe den Aufbau eines neuen politischen Raums: die volkstümliche Linke ist berufen, die besten Erfahrungen und Traditionen des Volkssektors und der unabhängigen Linken aufzunehmen und steht vor der Notwendigkeit, ihre Grenzen und ihre Zersplitterung zu überwinden.

Aus diesem Raum heraus erachten wir es in erster Linie als notwendig, aktiv an den aktuellen sozialen Konflikten teilzunehmen, da schon die historische Erfahrung es gezeigt hat und unsere emanzipatorischen Grundsätze sagen, dass es ohne Massenkampf keinen Fortschritt im Verhältnis der sozialen Kräfte gibt.

Zweitens begünstigen die Konsolidierung, der Aufbau und der Disput die eigene Aktivität und die Volksregierung, indem sie das Projekt einer vom Kapitalismus, Kolonialismus und von patriarchalischem Verhalten befreiten Gesellschaft vorwegnehmen. Die Strategie des Disputs und des Aufbaus dieser Ebene der politischen Entwicklung muss sich unter Beachtung einer Planung realisieren, die die entscheidenden Teilgebiete der oben genannten Ziele berücksichtigt. Das heißt die Logik eines „Wachstums am Rande“ oder einer gewissen Spontaneität, zu der wir neigen, zu überwinden, die Hinwendung zu den wichtigsten städtischen Zentren des Landes zu verbessern, die Gegenwart in den staatlichen und privaten Sektoren der Lohnarbeit zu erhöhen und Strukturen und legale Instrumente in den entscheidenden Provinzen aufzubauen, stellen in dem Sinne erstrangige Aufgaben dar.

Drittens ist der Fortschritt beim Aufbau einer größeren organischen

Einheit des arbeitenden Volkes und des Volkssektors möglich über einen neuen historischen Block des arbeitenden Volkes, mit dem Zentrum in den Organen der Volksmacht und durch die Vermittlung der Bewegungen und Fronten, die von dort ihre Anregungen erhalten.

Und viertens der Fortschritt von diesem Kampf und dem Aufbau zur Bestätigung und dem massiven Bezug auf ein anderes Projekt des Landes und der Gesellschaft, mit einem Programm der Strukturveränderungen und einer antikapitalistischen und sozialistischen Orientierung.

Obwohl wir als Volksbewegung nicht die Bedingungen hatten, auf eine populäre Gegenoffensive nach dem Höhepunkt der Kämpfe 2001 zu orientieren sich nach 2003 ein beutender Rückgang der gegen das System gerichteten Aktivitäten des Volkes vollzog, ist die Situation, um im Rahmen einer Strategie mit revolutionärem Horizont Ziele durchzusetzen, im Vergleich zur vorhergegangenen Dekade günstiger. Sie enthält zudem wichtige Entwicklungsmöglichkeiten wegen des Kräfteverhältnisses, das sich durch die Volkskämpfe der letzten 15 Jahre verändert hat, der vertieften Widersprüche des neodesarrollistischen Projekts und einer Zunahme der politischen Erfahrungen, die der Raum der Volkssektoren schuf, in dem wir als Front Protagonisten sind – das alles mit einer strategischen Vision, Kohärenz und ohne illusorischen Voluntarismus, aber mit Kühnheit, Einheit und Vertrauen in das arbeitende Volk und die Volksbewegung.

Wir sprechen vom „Raum des Volkssektors, in dem wir als FPDS-CN Protagonisten sind“, weil das bedeutet, sich daran zu erinnern, dass der letzte Zyklus der Volkskämpfe auch neuartige Formen der Führung und einer neuen Strömung des Aufbaus und des Volkskampfes, des revolutionären Denkens und der revolutionären Aktion und einen tiefgreifenden Dialog des politischen Denkens und Handelns von links in unserem Land geschaffen hat. Es wurde in seinem Prozess der Selbstfindung als autonome Linke, neue neue Linke oder unabhängige Linke definiert, in Übereinstimmung mit politischen Definitionen, die

gleichzeitig einen politischen Kurs klären sollten und in ihrem Innern eine Reihe von nicht immer stabilen Gruppen organisierten.

Eine Strömung oder ein Raum, die trotz des Prozesses von oben zur Rekonstruktion und Normalisierung nach 2003 oder gegen ihn, nicht nur überlebten, sondern mit Schwierigkeiten in bestimmten Sektoren des arbeitenden Volkes und seinen Konstruktionen der Volksmacht Fuß fassen konnte und in dieser Dekade auch einige wichtige Schritte des Wachstums seiner Multisektoralität, der Bestätigung seiner Identität und Ideen, der prefigurativen Praktiken, der Heranbildung einer neuen Generation von Mitstreitern, der organisatorischen Verdichtung, einer Artikulation lateinamerikanischer Probleme, der Vision einer strategischen Programmatik, der Berufung auf die Einheit des Volkes, einer politischen Projektion und des Disputs über Hegemonie und Macht gehen konnte. Und es gelang, wenn auch vom Rand her, aber mit Unterschied zu anderen Räumen des Volkssektors, mit ziemlicher Hartnäckigkeit Front gegenüber dem politischen Phänomen des neodesarrollistischen Zyklus zu beziehen. Obwohl diese Wachstumsschritte langsam und unzureichend (und mit Schwierigkeiten bei der Überwindung der Zersplitterung) waren, hat der Raum der volksverbundenen Linken von heute viele Möglichkeiten, um einen Sprung bei seiner Entwicklung im Schoß des arbeitenden Volkes im Kampf zu machen. Er wird sich entwickeln und seinen Kampf aktiv fortsetzen, erkennbarer werden und an Bedeutung für breitere Schichten des Volkes gewinnen und entschiedener zum antihegemonialen Streit gegen die Projekte derjenigen von oben beitragen.

#### Die Aufgaben der Etappe: hin zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Die im Folgenden aufgeführten Aufgaben sind für uns Teil einer geschlossenen Strategie. Sie sind das Ergebnis eines langen Prozesses der Ausarbeitung und Synthese in unserer Organisation in den letzten Jahren wie auch der letzten vollzogenen Analysen der Konjunktur, und in ihrer Mehrheit sind es Herausforderungen, die wir seit Jahren diskutieren und zu

beantworten versuchen. Zentrales Anliegen ist es jetzt, sie durchzuführen.

### *1. Teilnahme an den Kämpfen unseres Volkes*

Eine erste grundlegende Aufgabe besteht in der Analyse der Widersprüche und möglichen Konfliktsituationen des Neodesarrollismo im Prozess seiner sich vollziehenden Abnutzung. Das führt uns dazu, die Massenkämpfe anzuregen und Protagonisten bei der Mobilisierung der Sektoren des arbeitenden Volkes zu sein, wo wir eine Basis haben, in die Konflikte einzugreifen und sie zu begleiten, wo wir nicht präsent sind und die allgemeinen Positionen zu bestimmten Ereignissen, Debatten und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung artikulieren, mit der Notwendigkeit des Volkskampfes und seiner Organisation. Deshalb erachten wir es für grundlegend, unseren kämpferischen Einsatz in den Reihen des arbeitenden Volkes auf nationaler Ebene zu erweitern und zu vertiefen, besonders in jenen Sektoren, wo die Widersprüche des Regierungsprojekts besonders relevant sind und unsere Beteiligung noch unzureichend ist. Das impliziert, in der Bestätigung des Aufbaus des arbeitenden Volkes als multisektorales und verschiedenartiges Subjekt fortzufahren, die durchlebten vielfältigen Formen der Unterdrückung, Kampferfahrungen, Rebellionen und Hoffnungen anzuerkennen, zum Bruch mit dem heute fortbestehenden Korporativismus und der Spaltung beizutragen, politische Erfahrungen an der Basis und bei der Volksmacht als einer immer mehr verdichteten Vorwegnahme des geplanten gesellschaftlichen Wandels zu erwerben und den Kampf und den gesellschaftlichen Aufbau als Entwurf und politischen Disput zu artikulieren.

### *2. Die Politisierung und Artikulierung der Volkskämpfe*

Eine unlösbar damit verbundene zweite grundlegende Aufgabe besteht darin, zur Politisierung und komplexen politischen Projektion der Volksbewegung beizutragen, die Volksmacht und die Einheit derjenigen von unten mit einem Horizont der Überwindung des Kapitalismus, der patriarchalischen Haltung und des Imperialismus zu formulieren und zu



entwerfen, die Berufung auf die Volkssouveränität und Selbstregierung in Verbindung mit dem Streit in der „Schlacht der Ideen“ und der „moralischen und intellektuellen Führung“ zu stärken .

### 3. *Der Entwurf eines neuen Bildes der Linken*

Wir beziehen als eine Schlüsselaufgabe dieses historischen Moments den notwendigen Aufbau einer Linken ein, die in das nationale politische Szenarium mit Elementen verschiedener Identität eindringt, die erlaubt, die Grenzen zu überwinden, die Organisationen des Volkslagers bis jetzt gezeigt haben. Uns erscheint eine neue Synthese der politischen Volkstraditionen nötig, die in über 200 Jahren der Kämpfe und der Organisationsformen unseres Volkes zum Ausdruck kamen und die in Dialog treten und die besten Lehren jeder Erfahrung wieder aufnehmen müssen. Wir müssen den Aufbau einer volkstümlichen Linken als Wunschbild lassen. Deshalb halten wir es für unerlässlich, auf die historische Anhäufung der unabhängigen Linken unseres Landes zu orientieren, die in der Hitze des Widerstandskampfes gegen den Neoliberalismus mit einer komplexen Strategie des Aufbaus der Volksmacht entstanden ist, was nicht nur eine stabile Präsenz inmitten des arbeitenden Volkes einschließt, sondern auch, dieses Wunschbild in einen antihegemonialen und revolutionären Vorschlag zum Disput zu verwandeln.

### 4. *Ein offenes Programm, ein Projekt für das Land und die Gesellschaft*

Mit dem Vorigen verbunden, müssen wir uns als Beitrag für dieses Wunschbild der volkstümlichen Linken der Aufgabe stellen, beim massenweisen Aufbau und Bezug auf das Projekt des Landes und der Gesellschaft mit einem Programm struktureller Veränderungen und sozialistischer Orientierung als einen offenen Vorschlag zum Beginn, einer Position, die sich im Kampf durch das mobilisierte Volk und die Aktivitäten des Volkes aufbauen wird. Dafür haben wir die Verpflichtung, uns mit Klarheit und Berufung auf die Hegemonie in die großen Debatten

einzumischen, die die Volkssektoren und -bewegungen betreffen, um die Differenzen und die Hoffnungen zum Ausdruck und in Dialog zu bringen, die sie durchleben und klare Ideen vorzulegen, die verstanden werden, die Notwendigkeiten zu erläutern und zu begreifen, was jenseits des Wünschbaren möglich ist. In diesem Sinne ist es wieder wichtig, Erfahrungen bei der Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Verteidigung und Eroberung von Volksrechten und einer öffentlichen Politik mit progressivem und umgestaltendem Inhalt zu entwickeln, die das Projekt eines alternativen Landes vorwegnehmen, das neodesarrollistische Projekt beschneiden und als Gesetzesentwürfe dienen können. Um diese Aufgabe voranzubringen, müssen wir Werkzeuge und Methoden entwickeln, die die Fähigkeit und Tiefe dieses offenen Programms fördern.

##### *5. Die Schaffung eines nationalen Wahlsystems*

Auf der Ebene des strikten Wahldisputs sind der Einsatz für den Aufbau von eigenen Wahlinstrumentarien und politische Vorschläge für den Wahldisput entscheidend. Das sind sehr bedeutende Formen der Massenhaftigkeit von politischen Entwürfen in der Konjunktur und auch der Diskussion über die Staatlichkeit mit dem Ziel, die eroberten Räume wieder bedeutend zu machen und zu transformieren. Persönlichkeiten für Wahlen auf nationaler Ebene sind eine vorrangige Aufgabe auf dieser Ebene der abgestimmten Einmischung, was uns erlaubt, auf die Schaffung möglicher Vorschläge in den kommenden Jahren einzuwirken. Gleichzeitig ist es eine Schlüsselfrage, die verschiedenen Wahlerfahrungen der volkstümlichen Linken oder von Gruppen, die an ähnlichen Erfahrungen teilhaben, die sich im ganzen Land entwickelt haben, zu artikulieren und einen gemeinsamen Raum zu schaffen, der die bisher lokalen und partiellen Erfahrungen potenziert.

Es entsteht eine neue politische und soziale Form für Argentinien: die Bewegung Zweite Unabhängigkeit

Die Stärkung des Aufbaus und die strategische Perspektive einer

volkstümlichen lateinamerikanischen Linken sind die grundlegenden Aufgaben dieser Etappe. Zweifellos betrachten wir uns weder als aufgeklärte Avantgarde noch als auserwählte Organisation zur Führung der Revolution. Die Synthese verschiedener Erfahrungen und Kampftraditionen und eine breite Einheit des Volkssektors sind unerlässlich, um unsere Ziele der Befreiung zu erreichen.

Eine neue Organisation einschließlich einer Front, die den gesamten Raum der volkstümlichen Linken zusammenführt, muss sich mit einer politischen Strategie für die Herausbildung eines breiten revolutionären Volksblocks ausstatten, der fähig ist, ein alternatives Projekt für das Land zu materialisieren. Um Argentinien zu verändern und es mit den fortgeschrittensten Prozessen des Kontinents in Einklang zu bringen, um einen Prozess der Umgestaltung mit dem Volk als Protagonisten ins Leben zu rufen, um das Kräfteverhältnis zu verändern und einen neuen historischen Block zu gebären und um die Abhängigkeit zu zerbrechen und die Grenzen des Kapitalismus zu überschreiten, ist es unerlässlich, auf die Einheit des Volkssektors und das Zusammengehen mit anderen Sektoren und Traditionen zu setzen. Daher grenzt sich die Strategie der volkstümlichen Linken klar von zwei Perspektiven ab, die wir für falsch halten: einerseits dem klassischen Konzept der Partei der Avantgarde, bei dem die Leitung des Prozesses auf eine aufgeklärte und rein ideologische Führung konzentriert wird, um die sich die Massen in Momenten der revolutionären Krise gruppieren und andererseits von jenen Strategien, die versuchen die Volksorganisationen an Fronten oder politische Bewegungen zu binden, in denen kapitalistische Sektoren oder Vertreter der traditionellen Parteiendemokratie die Hegemonie ausüben. Die erste Variante führt gewöhnlich zum Sektierertum gegenüber anderen politischen Traditionen des Volkssektors und zur Bürokratie und zu einer Stellvertreterrolle gegenüber unserem Volk, die zweite zur Unterordnung der Volksorganisationen unter fremde Strategien, die folglich nicht zur Überwindung des Systems, sondern zu seiner Verewigung beitragen.

Unsere Organisation dagegen akzeptiert als strategische Notwendigkeit den Beitrag zum Aufbau einer großen Volkskraft, die verschiedene Traditionen, Identitäten, politische Kulturen und berufene Kämpfer, um den Kampf für die nationale Befreiung und einen revolutionären gesellschaftlichen Wandel zu führen. Wir sprechen nicht von einer Wahlfront, einer organischen Fusion zwischen verschiedenen politischen Kräften oder punktuellen Abkommen zur Mobilisierung – all das ist notwendig, aber unzureichend. Wir beziehen uns auf die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Kraft der Massen zu formieren, die notwendigerweise das Zusammengehen breiter Sektoren des Volkslagers, der politischen Kräfte, der territorialen, Gewerkschafts- und Studentenorganisationen erfordert, Erfahrungen in der Organisation von Versammlungen und bis heute nicht organisierter Sektoren unseres Volkes, mit einem Aktionsprogramm und gemeinsamen Zielen. Die exakten Charakteristika dieser Einheit lassen sich unmöglich voraussehen, sie werden durch die Beziehung zwischen dem allgemeinen gesellschaftlichen und historischen Prozess, der Mobilisierung des Volkes, der sozialistischen Militanz und den Antworten der Macht selbst geschmiedet. Viele lateinamerikanische Erfahrungen können uns zweifellos als Anregung dienen. Selbstverständlich erfordert diese Aufgabe Geduld, Berufung auf die Einheit und Klarheit der Ziele, um heute an der Artikulierung und Koordinierung der Ziele mit Organisationen des Volkssektors zu arbeiten, die sehr verschiedene Niveaus der taktischen und strategischen Übereinstimmung haben.

Um ein neues Projekt des Landes aufzubauen, müssen wir anerkennen, dass wir heute über eine zutiefst abhängige und mehr als in den 1990er Jahren konzentrierte und vom Auslandskapital durchdrungene Ökonomie verfügen. Diese Tendenz hat sich mit einigen partiellen Maßnahmen nicht umgekehrt. Wir erleiden eine strukturelle Armut um 30%, die das Wirtschaftswachstum nicht lösen konnte. Wir rechnen mit einem Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen im informellen Sektor und

etwa der Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in prekären Verhältnissen verschiedener Art. Das Niveau der sozialen Ungleichheit dauert fort, und die erreichte geringe Umverteilung der Einkommen hat es nicht verändert. Unsere natürlichen Ressourcen befinden sich im Besitz einer Handvoll transnationaler Unternehmen, die unsere Wirtschaft beherrschen. Nur sieben Unternehmen kontrollieren 87% des Getreideaußenhandels. Von jeweils 100 US-\$, die die Bergbauunternehmen produzieren, bleiben nur 1,5 US-\$ in unserem Land. 70% der Erdöl- und Gaserzeugung bleiben in ausländischer Hand. Wir verfügen über eine absolut defizitäre Industrie, die importierte Produkte zusammenführt, um Exportgeschäfte zu realisieren, während die zu entwickelnden strategischen Sektoren Kriterien der Marktrentabilität unterworfen werden. In den großen urbanen Zentren wurde ein Entwicklungsmodell eingeführt, das vom Immobiliengeschäft bestimmt wird und die städtische Entwicklung der Finanzspekulation unterworfen und den Wert eines Quadratmeters zum Maßstab für den Fortschritt erhoben hat. So leben heute vier Millionen Menschen in Argentinien in einer prekären Situation und haben keinen Zugang zu einer eigenen Wohnung.

Unsere Überzeugung ist, dass keines der erwähnten Probleme ohne ein Programm der Strukturveränderungen gelöst werden kann, das die Interessen der konzentrierten ökonomischen Macht angreift. Es ist unerlässlich, bei der öffentlichen Kontrolle über die Naturressourcen und den Außenhandel voranzukommen, um mit diesen Vorräten einen Plan zur Umgestaltung der produktiven Kerne zu finanzieren. Wir brauchen Fortschritte bei einer umfassenden Steuerreform, damit die großen Vermögen und Eigentümer den Staat finanzieren, um den Zugang zu Bildung, Gesundheit und Kultur zu garantieren. Entscheidend ist auch, bei der Regulierung des Immobilienmarktes voranzukommen, um die Spekulation zu beenden und das Recht auf Wohnung zu garantieren. Außerdem ist es erforderlich, die Strategie in Bezug auf die Außenverschuldung neu anzugehen, die die Restriktionen von außen

gegenüber unserem Land verstärkt, weshalb wir als notwendig vorschlagen, die Außenverschuldung zu untersuchen und rechnerisch zu prüfen, um mit der Bezahlung einer illegitimen und Wucherschuld aufzuhören. Um das ganze Programm voran zu bringen, ist es erforderlich, die Gesetze aufzuheben, die unter dem Neoliberalismus eingeführt wurden und noch voll wirksam sind wie die über ausländische Investitionen, Finanzunternehmen und die Arbeitsmarktflexibilität. Die Anwendung dieses Programms ist nicht machbar, wenn wir uns auf den Rahmen der aktuellen „parlamentarischen Demokratie“ beschränken, weshalb wir fordern, bei der Umgestaltung des Staates in Richtung Demokratisierung durch Einbeziehung der Dimension der Volksmacht, das heißt der Aktivitäten des Volkes bei grundlegenden Entscheidungen des Landes. Es ist kein Zufall, dass die fortgeschrittensten Entwicklungen Unseres Amerika Prozesse zur Annahme von Verfassungen eingeleitet haben, die grundsätzliche Fragen modifiziert haben, um ihr eigenes Schicksal zu erzwingen.

Im Unterschied zudem, was die offizielle Meinung verkündet, wonach man in diesen Jahren voran gekommen ist und es darum geht, das zu tun, was noch fehlt, gehen wir davon aus, dass es über partielle Fortschritte hinaus kein Programm der Strukturveränderungen gegeben hat, bei dem nicht nur das Erbe des Neoliberalismus, sondern auch die Eckpunkte des aktuellen Modells diskutiert werden. Unser Vorschlag ist, nicht das „zu vertiefen“, was gemacht wurde, sondern in Richtung auf eine Transformation von Grund auf voranzuschreiten.

Die zweite Aufgabe ist zweifellos der Aufbau dieses vierten Raums der volkstümlichen Linken. Bei dieser Aufgabe spielt die Synthese der Volksfront Darío Santillán – Nationale Strömung, von MAREA Popular und einer Reihe von Volksorganisationen im ganzen Land eine grundlegende Rolle. So entstand im Juli 2014 eine neue Organisation, die Bewegung Zweite Unabhängigkeit zum Aufbau des Großen Vaterlandes (Patria Grande).

Aber selbstverständlich fordert die Dringlichkeit eines neuen politischen und sozialen Instrumentariums der volkstümlichen Linken mehr von uns, weshalb wir nicht nachlassen dürfen bei der Verständigung mit anderen Organisationen, die Teil desselben Raums bilden. Dutzende Gruppen, die – im Land denunziert - soziale, kulturelle, Gewerkschafts- und Studentenarbeit leisten, mit denen wir uns bei den Kämpfen und Treffen des Volkes zusammenfinden und nach den vordringlichen politischen Zielen suchen, die in positiver Weise die politischen Herausforderungen zur Veränderung der Gesellschaft beantworten. Tausende Mitstreiter mit Sorgen um die Politik, die das „kleinere Übel“ wählen und an diesem oder jenem Treffen teilnehmen, um zu sehen, was passiert, teilen auch die Suche nach einer politischen Empfehlung, die über die Erwartungen dessen, was existiert, hinausgeht. Wir verstehen diese ganze Suche als Teil des Einsatzes, und es ist lebenswichtig, notwendige Vermittlungen vorzunehmen, um diese Frage voranzubringen.

Außerdem ist es wichtig, die verschiedenen Erfahrungen bei Wahlen, die sich im ganzen Land entwickelt haben, zu formulieren und einen gemeinsamen Raum zu schaffen, der die bisher lokalen und teilweisen Erfahrungen aus nationaler Sicht potenziert. Wir sind überzeugt, dass es keine Möglichkeit gibt, diesen Raum auf die Beine zu stellen, wenn man nicht eine Zusammenfassung lokaler Erfahrungen, sondern die Formulierung eines nationalen Projekts beabsichtigt, das die Besonderheiten jedes Ortes berücksichtigt.

Es ist unsere Aufgabe, sich unserem organisierten und nicht organisierten Volk zuzuwenden, seine Forderungen aufzunehmen und eine Alternative zur Strategie der eigenen Macht, eine Alternative der Volksmacht und des Kampfes für den Sozialismus anzubieten, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, den Sozialismus Unseres Amerika, der wie Mariátegui sagt, weder Berechnung noch Kopie, sondern eine heroische Schöpfung ist. Und diese Schöpfung realisieren die Völker.

**Dieter Boris: Bolívars Erben: Linksregierungen in Lateinamerika.  
PapyRossa Verlag, Köln 2014, 204 S.**

Bei der Bewertung der Entwicklung in Lateinamerika sind die Zunahme alternativer Vorstellungen zur weitgehend neoliberal dominierten Politik der 1990er Jahre und, mit dem Regierungsantritt von Hugo Chávez 1998 beginnend, eine veränderte Regierungspraxis der in unterschiedlicher Weise links verankerten Kräfte unumstritten. Die Differenzen in der Einschätzung der Politik der seitdem mehrfach wieder gewählten Vertreter von sozialen Bewegungen, politischen Bündnissen und Parteien in Venezuela, Ecuador oder Bolivien, aber auch in Brasilien, Uruguay und Argentinien beginnen bereits bei der Frage, wie links sie sind, inwieweit sie in ihrer Politik mehr Veränderung oder mehr Kontinuität praktizieren und bis zu welchem Grade, wenn überhaupt, sie sich der Variante eines „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ nähern. Die polemische Diskussion über den erreichten Grad von Veränderungen und weiter gehende Ziele wird dadurch befördert, dass ursprüngliche Auffassungen sich ebenso wandeln wie Bewegungen und Parteien selbst und die Inhalte grundlegender Felder der Gesellschaftspolitik oder die Rolle des Staates unter den Akteuren durchaus verschieden interpretiert werden.

Dieter Boris gibt einen Überblick über Tendenzen, Probleme und Ergebnisse der Entwicklung in Ländern mit Linksregierungen, der so in der deutschsprachigen Literatur bisher nicht existiert, wie zu Recht im Vorwort gesagt wird, und er tut das unter Verwendung eigener Vorarbeiten und auf einer beeindruckend breiten Literaturgrundlage. Die sehr faktenreiche und polemische Darstellung schließt theoretische Erörterungen etwa zur Rolle des Staates in diesen Umbruchprozessen ein. Ihr Verdienst besteht in einer differenzierten und sachlich-nüchternen Analyse erreichter Ergebnisse und in vorsichtigen Prognosen künftiger Entwicklungen, wie sie des Öfteren in der mainstream-Polemik, aber gelegentlich auch in Kritiken von links fehlt oder durch Wunschdenken überlagert wird. Dazu gehört die Akzeptanz der



Meinung, beim gegenwärtigen Entwicklungsstand könne eine Umkehrbarkeit der jüngsten Prozesse nicht ausgeschlossen werden (Vorwort), und trotz erreichter Ergebnisse der veränderten Politik sei keine allgemeine Abkehr vom Neoliberalismus oder ein kontinentaler Linksruck erfolgt (S. 21 f.).

In sechs Kapiteln werden die Ursachen und Hintergründe für die Linkswende in Lateinamerika sowie ihre Varianten, Ergebnisse und Perspektiven der Innen- und Außenpolitik wie auch ökonomische Entwicklungen und die Wirtschaftspolitik unter den Linksregierungen und neue Tendenzen in der Sozialstruktur Lateinamerikas herausgearbeitet. Je ein Kapitel ist der neuen Medienpolitik beziehungsweise der Staatlichkeit und den Transformationsprozessen gewidmet.

Aus der Vielzahl der behandelten Probleme seien einige genannt, die so bei Untersuchungen zu einzelnen Ländern und Querschnittsproblemen schwer erfasst werden können:

Gemeinsamkeiten in der Politik der Linksregierungen – dargestellt in einer übersichtlichen Tabelle S. 27 - sieht B., unter Beachtung der sehr unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen und entsprechender politischer Reaktionen, in Folgendem (S. 22 f.): einer unterschiedlich ausgeprägten Distanz zum Neoliberalismus; der gewachsenen Bedeutung des Staates (Regulierungen, nicht vorrangig und am stärksten noch in Venezuela Verstaatlichungen, staatlicher Wachstums- und aktiver Geld-, Kredit- und Währungspolitik); Steigerung der Nachfrage, aktiver Sozialpolitik, Armutsbekämpfung, Förderung alternativer Wirtschaftsformen; einem engen Verhältnis zu sozialen Bewegungen, partizipativer Demokratie, neuen Verfassungen; Verteidigung der nationalen Souveränität in Auseinandersetzung um ausländische Direktinvestitionen und Konzessionen und neuen regionalen und kontinentalen Integrationsbündnissen mit progressiver Orientierung (ALBA). Die konkrete Ausgestaltung der Politik in den einzelnen Ländern veranlasst zur Feststellung, dass es nicht *ein* neues linkes Projekt, sondern

verschiedene Ergebnisse und Erfahrungen gibt.

Die Wirtschaftspolitik profitierte von längerer Konjunktur und geringeren, schneller überwundenen, Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 (von denen die mit den USA verbundenen Staaten wie Mexiko und viele Länder Zentralamerikas und der Karibik stärker betroffen waren als die meisten südamerikanischen) als in den Industriestaaten sowie der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und dem damit verbundenen Preisanstieg. Die in ihrer Bedeutung unter den Linksregierungen gewachsene Sozialpolitik – Mindestlöhne, Armutsbekämpfung, Sozialprogramme in den Bereichen Bildung und Gesundheit mit Wirkung auf die Unterstützung der neuen Regierungen - konnte diese Voraussetzungen nutzen. Beides führte, trotz Rückschlägen und heftigstem Widerstand der traditionellen Eliten, insgesamt zur Konsolidierung der neuen politischen Verhältnisse. B. stellt die Maßnahmen der einzelnen Länder bei ihren Versuchen zur verstärkten staatlichen Kontrolle über privatisierte und oft von ausländischen Unternehmen kontrollierte Betriebe oder Preiskontrollen und Einschränkungen beim privaten Devisenhandel dar, die von Venezuela bis Brasilien – Uruguay – Argentinien - Chile sehr unterschiedlich ausfallen. Insofern (S. 46 f.) können diese Maßnahmen den Kapitalismus modernisieren, aber auch darüber hinausreichen. Die Verfassungsgebenden Versammlungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien und die Annahme neuer Verfassungen waren für viele Autoren Anlass zur scharfen Polemik gegen behaupteten Populismus, Demokratieabbau und die Stärkung autoritärer Gewalt.

B. verweist auf Untersuchungen, die eine Zustimmung zu mehr Demokratie in Lateinamerika – neue Verfassungen mit mehr Rechten für bisher Ausgeschlossene, Wahl von Vertretern sozialer Bewegungen in Parlamente, Abwählbarkeit von Politikern, neue Möglichkeiten partizipativer Demokratie, Volksbefragungen, Einbeziehung bisher überwiegend apolitischer Gruppen in Entscheidungen auf lokaler und

regionaler Ebene, - bestätigen.

Außenpolitische und außenwirtschaftliche Neuorientierungen erfolgten, nach dem gescheiterten Bemühen zur Gründung einer gemeinsamen amerikanischen Freihandelszone unter Führung der USA 2005, vielleicht am ehesten mit der Gründung von ALBA 2004, der Banco del Sur 2007 und dem - sehr positiv bewerteten – Fernsehsender Telesur sowie Petrocaribe als Lieferanten venezolanischen Erdöls zu Vorzugspreisen an seine Mitglieder. Dahinter stehen, wie in diesem Zusammenhang nachgewiesen, bedeutende Veränderungen in den Außenhandelsbeziehungen Latein-amerikas: anders als in Mexiko, Zentralamerika und der Karibik wurden die Süd-Süd-Beziehungen Lateinamerikas bedeutender als die zu den USA und Europa. Unasur als südamerikanisches und Celac als gesamt-lateinamerikanisches Bündnis ohne die USA stehen für weitere Emanzipationsbestrebungen. Trotz der Gefahren, die sich aus dem – für die nationale Entwicklung notwendigen – Rohstoffexport ergeben, kritisiert B. Darstellungen scharf, die die Veränderungen unter den Linksregierungen in erster Linie als Gefahr, Demokratieabbau oder Fehlentwicklung einstufen.

Im dritten Kapitel werden die hauptsächlichen Merkmale der verschiedenen Phasen wirtschaftlicher Entwicklung (krisenhafte Entwicklung bis 2003, hohes Wachstum des BIP bis 2008, Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, rasche Erholung, hohes, dann etwas verlangsamtes Wachstum) und die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen links orientierten Regierungen untersucht. Die krisenhafte Entwicklung vor 2000 mit erneut wachsender Auslandsverschuldung führte zur tiefen Depression in den meisten der untersuchten Länder; der folgende Aufschwung profitierte unter anderem von der gewachsenen Nachfrage nach Rohstoffen und guten Preisen, steigenden ausländischen Investitionen und einer günstigen Handelsbilanz bei gleichzeitigem Abbau der Auslandsschulden. Diese Bedingungen konnten von den Linksregierungen sowohl für die Regulierung der Wirtschaft als auch zur

Reduzierung extremer Armut und für Sozialprogramme genutzt werden. Zu den Faktoren, die eine rasche Überwindung der Krise begünstigten, gehörten, neben anderen Faktoren, der Verzicht auf spekulative Derivategeschäfte, eine durch frühere negative Erfahrungen begünstigte stärkere Bankenkontrolle und die Existenz staatlicher Fonds in Ländern wie Chile, Argentinien und Brasilien, die sofort für Konjunkturprogramme eingesetzt werden konnten, die in der Regel nicht mehr neoliberalen Konzepten folgten und neue Möglichkeiten eröffneten. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierungen der Linksrégierungen weisen große Unterschiede auf (S. 78 ff.), lassen aber eine gewachsene Einflussnahme des Staates auf die Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erkennen.

Zu den Ergebnissen einer erneuerten Politik gehört die verstärkte Kontrolle über den Kapitalverkehr, die Exportsteuer und die Wechselkurse. In den Beziehungen zum Weltmarkt waren entweder wachsende Rohstoffexporte (Brasilien, Andenländer) oder ein gestiegener Anteil industrieller Exportprodukte (Argentinien) bestimmend. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts haben sich die Außenwirtschaftsbeziehungen Lateinamerikas zu den USA (damit auch deren Einflussmöglichkeiten auf die lateinamerikanische Entwicklung) verringert, die zu Europa stagnierten, während sie zu Asien bedeutend erweitert wurden (S. 81). Das rechtfertigt zweifellos den kurzen, aber aussagekräftigen Exkurs über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und China, die in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gesteigert wurden (am stärksten mit Kuba, Chile, Peru, Brasilien und Venezuela) und China zum ersten Handelspartner Brasiliens und Chiles werden ließen. Die Präsenz Chinas in Lateinamerika hat die Diskussion um (neue) Abhängigkeiten belebt.

B. geht davon aus, dass erst in jüngster Zeit wieder längerfristige Veränderungen in der Sozialstruktur untersucht wurden. Auf sie wirken eine erkennbare Reduzierung der Armut (vor allem Argentinien und Venezuela 2002-2009 um rund 20%), Ergebnisse bei der Zurückdrängung

informeller und prekärer Verhältnisse und leichte Verbesserungen bei der Verringerung der Ungleichheit. Die Armutsquote lag 2011 im lateinamerikanischen Durchschnitt immer noch bei 30%, was aber gegenüber 48% 1990 eine erhebliche Veränderung darstellt. Strukturveränderungen wurden vor allem durch die Vergrößerung des formellen Sektors, die Festlegung von Minimallöhnen, eine regulierte Arbeitsmarktpolitik, verschiedene Sozialprogramme und größere Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften befördert, ohne deshalb bereits eine antikapitalistische oder gar sozialistische Stufe zu erreichen.

Ein Blick auf die Mittelschichten lässt historisch wie aktuell große, für die jüngste Vergangenheit nur partiell untersuchte Unterschiede in den Ländern Lateinamerikas erkennen. Das für das Einkommen, die Qualifizierung oder soziale Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten genauso wie für ihre unterschiedliche politische Haltung in einzelnen Ländern, die – wie am Beispiel der Einstellung zu den Regierungen von Lula beziehungsweise Chávez erläutert wird – von Misstrauen in Zustimmung und umgekehrt umschlagen kann. Sozialer Aufstieg in die „neuen“ Mittelschichten ist, so eine der Erkenntnisse, keineswegs immer an höhere Einkommen gebunden.

Auch die oberen Schichten unterlagen bedeutenden Veränderungen, die Kluft zwischen ihnen und den unteren/mittleren Einkommensgruppen ist gestiegen. Banken, Versicherungen, Export-Import-Unternehmen haben ihren Einfluss gegenüber der traditionellen Oligarchie vergrößert. Die Fakten zum Einfluss der mächtigen grupos económicos (S. 103 f.) sprechen ihre eigene Sprache. Das schließt das Vordringen neuer Kapitalgruppen in den Agrarsektor ein, so wie sich die lokale Bourgeoisie in modernen Branchen wie der Informatik oder Biogenetik etablierte. Ihre Einflussmöglichkeiten im privaten Bereich sind auch unter den linken Regierungen kaum begrenzt worden.

B. spricht von Veränderungen, „die die gesellschaftlichen

Verhältnisse etwas weniger unerträglich für die große Masse der Bevölkerung gemacht haben.“ (108 f.) So sehr in der Mehrheit der Einschätzungen von der Stabilisierung eines modernisierten Kapitalismus die Rede ist, ist eine größere Politisierung und Interessenvertretung von Gruppen der Bevölkerung erkennbar und sind die lateinamerikanischen Gesellschaften, so die abschließende Schlussfolgerung des Kapitels, selbstbewusster, autonomer und demokratischer geworden als vor Jahrzehnten.

Ein Terrain extremer, heftiger Auseinandersetzung um die eingeleitete Gesellschaftsveränderung bleiben die Medien, die in der Mehrzahl der Länder selbst zu einer ökonomischen Macht mit direktem Einfluss auf politische Entscheidungen geworden und in Verteidigung dieser Interessen Gegner veränderungsbereiter Politik sind. Das Fernsehen nimmt dabei einen zentralen Platz ein und kontrolliert zwischen 85 und 44 Prozent der Branche (Televisa Mexiko, Globo Brasilien, Cisneros mit Televisa in Venezuela). Die Diskussion um die Rechenschaftspflicht der Medien hält an. Neue Mediengesetze der Linksregierungen waren stets umstritten und haben internationale Pressekampagnen ausgelöst, um ihre Durchsetzung entwickelte sich eine scharfe Polemik. Trotz der Unterstützung lokaler und kommunaler Sender – Mediengesetze in Venezuela und Argentinien – blieben private kommerzielle Sender dominierend. Erstmals existiert, vor allem auf lokaler Ebene, eine Möglichkeit für Gewerkschaften, Genossenschaften, Universitäten, soziale Organisationen zur unabhängigen Berichterstattung. Wenige Erfolge konnten für Bolivien registriert werden (126), wohl auch weil direkte Beschränkungen bisher dominierender Medien erst ab 2011 stärker gefordert wurden, aber auch zu große Regierungsnähe erwartet wurde. Ecuador hat nach dem schrittweisen Aufbau staatlicher Medien und einer ersten öffentlichen Nachrichtenagentur 2013 ein neues, in der Umsetzung umstrittenes, dagegen von der oppositionellen CONAIE befürwortetes, Mediengesetz angenommen, das staatlichen, privaten und kommunitären Unternehmen

etwa gleich starke Anteile zubilligt. Die Arbeit freier Radios und Basissender in Brasilien dagegen wurde eher behindert.

Bei allen Grenzen bisheriger, von starken Konflikten begleiteten, Veränderungen im Mediensektor, so die Quintessenz des Kapitels (S. 132-136), werden Fragen der Partizipation, Bewusstseinsbildung und Politisierung wieder offen diskutiert. Die Rolle der Medien im Kampf um die Hegemonie bleibt bedeutend, auch wenn kein linearer Zusammenhang zwischen politischer Haltung und Nutzung der Medien besteht und der Zuspruch zu den neuen staatlichen Medien bisher eher begrenzt bleibt.

B. verweist im letzten und umfangreichsten Kapitel darauf, dass gerade in Krisen- und Umbruchszeiten die Rolle des Staates und darunter das Verhältnis Staat-Gesellschaft, seine relative Autonomie und die Rolle als Förderer oder Bremse von Transformationen kontrovers diskutiert werden. Das gilt auch für die marxistische Staatsanalyse, wo einerseits die Rolle bei der Festigung der Herrschafts- und Ausbeuterordnung, andererseits seine Orientierung auf das „Gemeinwohl“ eine Rolle spielen. Die wechselseitige Durchdringung von Gesellschaft und Staat, die Frage nach seiner Autonomie und Steuerungsfähigkeit, danach ob er das institutionalisierte Kräfteverhältnis um Ausdruck bringt oder als relativ homogener Akteur auftritt und inwieweit er für Transformationen genutzt oder zerschlagen werden sollte, erfahren dabei unterschiedliche Antworten (S. 140 f.)

Für Lateinamerika gelten, wie für übrige Länder der Peripherie, zusätzliche Faktoren, darunter vor allem die Bedeutung der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise von außen für die Staatenbildung, das lange Nebeneinander verschiedener Produktionsweisen und häufige Niederlagen der um größere Autonomie bemühten Gruppen. Starker Zentralismus, formale Gleichheit in einer schwach entwickelten Zivilgesellschaft, Klientelismus und Zwang zur Repression dominierten. Erst nach 2000 wurden Fragen des „neuen Staates“ im Transformationsprozess verstärkt diskutiert. B. unterscheidet (S. 145 ff.) anti-etatistische Positionen

zur Überwindung des Staates mit dem Ziel einer herrschaftsfreien solidarischen Gesellschaft, neo-desarrollistische Positionen, die den Ausbau eines sozial orientierten Staates propagieren und „Neugründungen“ mit sozialistischer Perspektive, bei denen der Staat selbst aktiv wird.

Während die erste Konzeption den Staat prinzipiell verdammt, hat sie zur Bildung zahlreicher Enklaven - „befreiter Gebiete“ - innerhalb der heutigen Gesellschaft beigetragen, ohne deren Überwindung bewirken zu können. Neodesarrollistische Auffassungen der Linksregierungen grenzen sich sowohl vom neoliberalen Staats- und Wirtschaftsverständnis als auch vom klassischen *desarrollismo* ab, von dem sie das Konzept des Entwicklungsstaates übernehmen. Durch Ergebnisse beim Wirtschaftswachstum und der Einkommensverteilung wurden Linksregierungen in ihrer Beförderung der aktiven Politik des Staates bestätigt. Scharfe Kritiken der nicht traditionellen Linken behaupten einen Bruch zwischen ursprünglich verkündeten Zielen und praktizierter Politik insbesondere bei den Rohstoffexporten.

B. verwehrt sich gegen die These von einem absoluten Gegensatz zwischen nationaler Bourgeoisie und traditioneller Oligarchie und transnationalen Unternehmen. Brasilien steht für ein Beispiel gleichzeitiger Stärkung der nationalen Produktion bei Verringerung der Abhängigkeit von außen und einer größeren Teilnahme der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und der Konsumgesellschaft. Veränderungen des Staates haben Handlungsbedingungen für die Linken verbessert, die eine weiterreichende Transformation nicht ohne Massenmobilisierung erreichen können.

Die „Neugründung“ des Staates sei keine Konfrontation zwischen gewaltsamem Umsturz und friedlichem Weg, sie erfolgt von oben und von unten, nicht selten pragmatisch. Venezuela, Bolivien und Ecuador zeigen, dass es sich um einen langwierigen Prozess mit ständiger Korrektur der Mittel und Ziele handele. Die neuen Verfassungen sichern größere Rechte und Verantwortungen des Staates und stellen die indigenen



Gemeinschaften unter besonderen Schutz. Die erstmalige oder Wiedergewinnung staatlicher Souveränität – endgültige Dekolonisierung, Kontrolle über Exporte mit weitreichenden Möglichkeiten für ökonomische und soziale Transformationen, auch das Streben nach militärischer und geheimdienstlicher Souveränität – wird in Auseinandersetzung mit den bisherigen Kontrolleuren des Staates realisiert, wobei Maßnahmen diskutiert werden, Ergebnisse aber noch gering sind (Bolivien, Venezuela).

Gleiches gilt für die Ausformung des plurinationalen Staates besonders im Andenraum, am deutlichsten in Bolivien als einem Land mit lange anhaltender Diskriminierung der indigenen Bevölkerung. Die Überwindung der extremen sozio-ökonomischen Ungleichheit, großer lokaler und regionaler Entwicklungsunterschiede und einer hohen Armutsrate durch eine weitreichende Agrarreform, Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen, Qualifikation der Arbeitskräfte, Sozialtransfer und öffentliche Investitionen ist deshalb nur über die Durchsetzung der inzwischen konstitutionell anerkannten Rechte der Benachteiligten und die Einschränkung von Privilegien der bisher Bevorzugten möglich. In diesem Zusammenhang scheint die Warnung vor einer inflationären Verwendung des Begriffs „Nation“ für sehr kleine indigene Ethnien, der Anerkennung „kollektiver Rechte“ und der realen Bedeutung indigener Rechtsprechung im Alltag (innerhalb des nationalen Rechtssystems) berechtigt (S. 170 ff.).

Auch das Verhältnis Linksrégierungen zu den sozialen Bewegungen, das ja durchaus von Differenzen und Konflikten begleitet ist (beispielsweise das Verhältnis Regierung – CONAIE in Ecuador, MST – Regierung Lula in Sachen Agrarreform, Bemühungen der Regierung von Ernesto Kirchner zur Spaltung der Bewegung der piqueteros) bleibt in der Diskussion, zumal sowohl der Weg sozialer Bewegungen zur Régierungsübernahme (Bolivien) als auch die Förderung sozialer Bewegungen „von oben“ nach dem Sieg (Venezuela) vorkamen. Keine der linken Régierungen hat sich von ursprünglichen Zielen losgesagt und damit ihre Massenbasis gefährdet, der Hauptkonflikt findet nunmehr zwischen den neuen Régierungen und der

politischen Rechten statt, an deren Abwahl Mehrheiten interessiert waren. Basisorganisationen und zentrale Regulierungen bleiben für den weiteren Transformationsprozess bedeutend, Widersprüche zwischen ihnen ebenso.

So kommt Dieter Boris abschließend (S. 182 ff.) zu der Aussage, dass die Zielrichtung in der Spannweite zwischen reformiertem Kapitalismus und Sozialismus mit veränderten Staats- und Eigentumsformen in der Mehrheit noch nicht definiert und die Entwicklung nach vorne offen ist, aber mit der Orientierung auf Überwindung der Armut und Reduzierung der Ungleichheit, Interventionen des Staates bei gleichzeitiger Demokratisierung, partizipative Demokratie, Wiedererlangung staatlicher Souveränität und regionale/lateinamerikanische Integration zu sichernde und weiter-zuführende Ergebnisse vorliegen.

Die vorliegende problemreiche Analyse hilft, die vielschichtigen Prozesse der Bemühungen um die Transformation der lateinamerikanischen Gesellschaften besser zu verstehen und regt an, die beschriebenen Entwicklungen weiter kritisch und solidarisch zu begleiten.

Werner Pade.

Zu den Autoren

*Sabina Morales Rosas (Mexiko)*

Abschluss in Psychologie und Politischer Soziologie. Spezialisierung auf Angewandte Statistik. Forschung und Lehre zu quantitativen Methoden. Doktorandin der Humboldt Universität zu Berlin zum Thema Ungleichheit und Demokratie in Lateinamerika; Gastwissenschaftlerin der Abteilung Demokratie und Demokratisierung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Veröffentlichungen zu politischen Parteien und Wahlen. Neuere Arbeiten (Publikationen und Rundfunkbeiträge) zu aktuellen Problemen Mexikos, darunter Fragen der Militarisierung und des deutschen Waffenhandels mit Mexiko. Vorsitzende des Vereins México vía Berlín e. V.

*Angela Isphording*

Mitarbeit am Aufbau der Radioredaktion Onda im Nachrichtenpool Lateinamerika. Publikationen unter anderem zu Frauen und Gesundheit in Mexiko (1997), in „Standpunkte international“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Wahlen in El Salvador (März 2009) und dem Weltsozialmigrationsforum in Quito (26/2010). Ab 2007 Aufbau und Leitung des Auslandsbüros der RLS in Mexiko-Stadt. November 2010 internationale Konferenz „Revolutionen. Utopien schaffen, Realitäten verändern“. Leiterin des Lateinamerika-Referats der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und verantwortlich für den dortigen Arbeitskreis Lateinamerika (AKLA).

*Florian Warweg*

Journalist und Politikwissenschaftler. Studium in Tübingen, Paris und Santiago de Chile. Publikationen: 2008 Prognose Staatszerfall? Analyse der Prognose- und Erklärungskraft des CIA Frühwarnsystems zu Staatszerfall, dem sogenannten Global Model; 2013 Kuba als Führungsmacht? Eine These. Zahlreiche Artikel als Mitarbeiter des Internetportals [Amerika21.de](http://Amerika21.de). Praktikant/Konsultant bzw. Mitarbeiter in Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit, internationalen Politik sowie des Deutschen Bundestages. Koordinator des Arbeitskreises Lateinamerika beim Parteivorstand Die LINKE.